



Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
88. Geschäftsbericht 2017

Kennziffern

2017 2016 2015

Bestandsentwicklung (Anzahl)			
> Aktive	73.553	73.373	71.370**
> Rentner	17.956	17.398	16.673
> Gesamtbestand	91.509	90.771	88.043
Beitragseinnahmen gesamt (TEuro)			
	72.272	69.447	67.318
Rentenzahlungen (TEuro)			
	62.446	59.908	58.569
Kapitalanlagen (TEuro)			
	1.829.656	1.759.102	1.680.917
Kapitalerträge (TEuro)			
	85.419	84.311	76.744
Rendite			
> Nettoverzinsung	4,11 %	4,27 %	3,96 %
> laufende Verzinsung nach BaFin	4,26 %	4,32 %	4,46 %
Bilanzsumme (TEuro)			
	1.882.876	1.797.755	1.721.122
Rentenhöhe und Deckungskapital eines 65-jährigen Mitglieds nach 10 Jahren Mitgliedschaft mit 100 Euro Monatsbeitrag*			
> Monatsrente	57,90	58,46	70,17
> Deckungskapital	14.185,45	14.321,83	14.671,97

* Ist-Zahlen; 60 % Hinterbliebenenversorgung während der Ansparphase und Rentenlaufzeit; kein Berufsunfähigkeitsschutz

** Im Rahmen der Einführung eines neuen Bestandsführungssystems wurden die Bestände teils rückwirkend bereinigt

»Wirtschaftliches Ziel unserer Tätigkeit ist es, unseren Mitgliedern und ihren Arbeitgebern eine effiziente, am Versorgungsziel orientierte und ressourcenschonend durchgeführte Betriebliche Altersversorgung anzubieten.«

Unternehmensziele

- > Wir erbringen qualifizierte Beratungsleistungen und erreichen versprochene finanzielle Ziele. Wir orientieren uns an betrieblichen Abläufen und agieren zum Nutzen unserer Mitgliedsunternehmen.
- > Wir wachsen gezielt im Hinblick auf Beiträge und Mitglieder, um Kosteneinsparungen zu realisieren und unsere qualitativen Leistungen zu verbessern.
- > Unsere Mitarbeiter haben klare Ziele
 - Die Erfüllung der Mitglieder- und Unternehmensinteressen im Betreuungsbereich.
 - Die Erzielung hoher risikokontrollierter Erträge in der Vermögensverwaltung.
 - Effizienz als mittelbarer Dienstleister in den internen Abteilungen im Interesse unserer Mitglieder und ihrer Arbeitgeber.
- > Wir konzentrieren uns auf das Geschäftsfeld Betriebliche Altersversorgung (BAV). Neben der finanziellen Durchführung erbringen wir produktbezogene Beratungsleistungen. Wir gehören den Mitarbeitern der Trägerunternehmen, für die wir tätig sind und verfolgen keine eigenständigen Gewinnerzielungsabsichten.
- > Unser Geschäftsmodell ist auf die Erwirtschaftung einer jährlichen Mindestverzinsung ausgerichtet. Dabei unterliegen wir den gesetzlichen Vorschriften für Versicherungsunternehmen und der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Inhaltsverzeichnis

Gremien	4
Bericht des Vorstandes	6
Bericht des Aufsichtsrates	8
<hr/>	
Umfeld	
Betriebliche Altersversorgung	10
Kapitalmarkt	16
<hr/>	
Lagebericht	
Kapitalanlagen	19
Mitglieder, Beiträge und Leistungen	27
Organe und Verwaltung	33
Wirtschaftliche Lage/ Jahresüberschuss	34
Chancen- und Risikobericht	37
<hr/>	
Jahresabschluss 2017	
Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	47
Anhang	51
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	65
<hr/>	

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Hans-Jürgen Fleckhaus

(Vorsitzender)

ehem. Vorstand der Deutsche BP AG,
Dörscheid

Karin Indrist

HR Director Austria,
Germany & Switzerland
bei der BP Europa SE, Hamburg

Dr. Harald Schloßmacher

Rechtsanwalt,
Partner PRW Rechtsanwälte,
München/Düsseldorf

Dr. Ludger Dohm

(stellvertretender Vorsitzender)

Senior Advisor, Essen

Walter Neumann

Finance Director
der Triumph International AG,
München

Axel Scholz

Leiter Personal International/Global
Head of Human Resources der
HARIBO Holding GmbH & Co. KG,
Bonn

Rando Bruns

Group Treasurer bei der Merck KGaA,
Darmstadt

Vorstand

Dr. Klaus-Peter Stiller

Hauptgeschäftsführer
des Bundesarbeitgeberverbandes
Chemie e.V., Wiesbaden

Bernd Walgenbach

(Vorsitzender)
Düsseldorf

Dr. Heinz-Gerd Suelmann

Executive Vice President der
Grünenthal Pharma GmbH & Co. KG,
Aachen

Andreas Fritz

Oberhausen

Bericht des Vorstandes

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

im vergangenen Geschäftsjahr konnten wir ein gutes Jahresergebnis erwirtschaften, unsere Bilanz stärken und die zukünftige Entwicklung durch einen weiteren Beitragsanstieg absichern.

Diese Entwicklungen finden vor dem Inkrafttreten des Betriebsrentenstärkungsgesetzes (BRSG) statt und verdienen demnach entsprechende Einschätzung. Erst das vergangene Geschäftsjahr brachte das langersehnte und am 17.08.2017 beschlossene BRSG, das am 01.01.2018 in Kraft trat und die Betriebliche Altersversorgung in den kommenden Jahren stärken und weiterverbreiten soll. Als eines der letzten Gesetzesvorhaben der vergangenen großen Koalition wurde das BRSG über mehrere Jahre hinweg geplant und in Fachkreisen und öffentlichen Anhörungen diskutiert. Das Gesetzespaket besteht aus einer Vielzahl von Förderansätzen in Arbeits-, Steuer- und Versicherungsaufsichtsrecht. Für uns wirkt es sich vor allem in erhöhten steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie eventuell neuen Produktangeboten unserer Pensionskasse aus.

Bei einem Großteil der kommerziell ausgerichteten Mitangehöriger überwogen Umsatzeinbußen. Auch die bewusste Aufgabe von Geschäftsfeldern und zum Teil zweistellige Einbrüche in bewährten Marktsegmenten prägen das Wettbewerbsumfeld in der Betrieblichen Altersversorgung.

Hintergrund dieser Entwicklung sind die verschärften regulatorischen Vorgaben für Versicherungsunternehmen (Solvency II) und die immer schärfer wirkenden deutschen Vorschriften zur Risikovorsorge im Niedrigzinsumfeld. Die warnenden Stimmen aus der deutschen Betrieblichen Altersversorgung vor Solvency II und der Kommerzialisierung von Pensionskassen werden damit eindrucksvoll bestätigt.

Bericht des Vorstandes

Für uns ist es dagegen im abgelaufenen Jahr zumindest an dieser Stelle beim altbekannten Regulierungsrahmen geblieben. Auch wirtschaftlich blieben wir von den Problemen anderer Anbieter weitgehend verschont. Durch die guten Ergebnisse im Geschäftsjahr 2017 konnten wir die finanziellen Mittel, die für die Umfinanzierung unserer höherverzinslichen Verpflichtungen auf ein dauerhaftes Niveau von 3% erforderlich sind, bereits ein Jahr früher bereitstellen als ursprünglich geplant. Auf unserer Mitgliederversammlung werden wir den Mitgliedern und den Trägerunternehmen einen Weg aufzeigen, wie die Pensionskasse mittel- bis langfristig den nunmehr vorhandenen Gestaltungsspielraum nutzen will, um eine adäquate Absicherung auch für eine weiter anhaltende Niedrigzinsphase zu erreichen. Dabei stehen wir – anders als die meisten Unternehmen – mit einer echten und zugangsfreien Mitgliederversammlung allen Mitgliedern zur Mitsprache und Mitentscheidung offen.

Für das laufende Jahr gilt es nun für uns das Momentum des BRSG auch für die Neuakquisition von Trägerunternehmen zu nutzen. Neben bewusst attraktiven Konditionen im beitragsfreien Versicherungsgeschäft und einer starken Bilanz werden dazu auch unsere umfangreichen Serviceangebote beitragen. Wir sind zuversichtlich, der aus Niedrigzins, Regulierung und komplexen arbeitsrechtlichen Vorschriften entstandenen Zurückhaltung vieler potentieller Neukunden ein positives wirtschaftliches Umfeld gegenüberstellen zu können. Auch für das laufende Jahr erwarten wir wieder gute Geschäftszahlen vorlegen zu können.

Wie freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Mitgliedern und Trägerunternehmen und danken unseren Mitarbeitern für die engagierte Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr.

Duisburg, 11. April 2018

Der Vorstand
Bernd Walgenbach

Andreas Fritz

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat sich während des abgelaufenen Geschäftsjahres in vier ordentlichen Sitzungen über die Lage und Geschäftsentwicklung der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft informiert. Die Herbstsitzung fand wie in den Vorjahren im Umlaufverfahren statt. Außerhalb der Sitzungen hat der Aufsichtsrat regelmäßig zeitnahe Informationen zur Geschäftsentwicklung und zu wichtigen Geschäftsvorfällen erhalten. Er wurde durch den Vorstand ausführlich unterrichtet und hat auf Basis schriftlicher und mündlicher Informationen die Geschäftsführung überwacht und beraten. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat sich darüber hinaus in weiteren persönlichen Gesprächen mit dem Vorstand über die laufenden Geschäfte der Pensionskasse informiert und beraten.

Ein Schwerpunkt der Aufsichtsratsstätigkeit im abgelaufenen Jahr waren die mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz einhergehenden neuen Vorschriften zur reinen Beitragszusage und der damit verbundenen Produktgestaltung der Pensionskasse. Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig über die Situation in den Beteiligungsgesellschaften informiert.

Neben der Begleitung der Kapitalanlagepolitik ließ sich der Aufsichtsrat zusätzlich auch über Fragen des Datenschutzes informieren und diskutierte diese Thematik mit dem Vorstand. Auf der letzten Sitzung im Jahresverlauf beschäftigte er sich schließlich mit der Selbstorganisation des Aufsichtsrates unter Beachtung der hierfür von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgegebenen regulatorischen Vorgaben. In diesem Zusammenhang nahm der Aufsichtsrat auch eine Selbstevaluation vor.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 und der Lagebericht sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Köln geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Abschlussunterlagen und der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses standen allen Mitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig zur Verfügung. Der Wirtschaftsprüfer hat dem Aufsichtsrat in der Sitzung vom 26. April 2018 ausführlich persönlich über seine Prüfung berichtet und stand für Fragen zur Verfügung. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Ergebnis der Prüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an und hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Sitzung festgestellt.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Mitgliederversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Konzernabschluss und den Konzernlagebericht unter Hinzuziehung des Berichts des Abschlussprüfers eingehend geprüft. Die Abschlussprüfung führte zur Erteilung eines uneingeschränkten Bestätigungsvermerks. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 26. April 2018 zusätzlich durch den Abschlussprüfer Bericht erstatten lassen. Mit dem Ergebnis des Prüfungsberichts stimmt der Aufsichtsrat überein und hat nach seiner eigenen Prüfung ebenfalls keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den Konzernabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den in den beiden operativen Unternehmen tätigen Mitarbeitern für die engagierte Tätigkeit im abgelaufenen Jahr.

Duisburg, 26. April 2018

Der Aufsichtsrat
Hans-Jürgen Fleckhaus

Betriebliche Altersversorgung

Das Jahr 2017 wurde in der Betrieblichen Altersversorgung (BAV) thematisch zweifelsfrei von der Gesetzesnovelle des Betriebsrentenstärkungsgesetzes dominiert. Für andere Themen blieb nur wenig oder kein Diskussionsraum.

Das Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSg)

Der zum Abschluss des Jahres 2016 vorgelegte Entwurf zum BRSg wurde, entgegen zeitweiser Hindernisse, Stolpersteine und – man darf es nicht leugnen – der Angst der etablierten und gefestigten BAV-Welt vor Neuerung und Wandel, am 17.08.2017 verabschiedet. Besonderer Bedeutung kommt der Gesetzesänderung zu, wenn man berücksichtigt, dass die Politik, die im Jahr 2017 vornehmlich von den Aufgaben des Wahlkampfes beherrscht wurde, sich dennoch die Zeit für die weitreichenden und ministeriumsübergreifenden Änderungen des BRSg nahm. Wie ernst es die Politik meint, zeigt sich auch an Folgendem: Sollte das vom Gesetzgeber mit diesem Maßnahmenpaket verfolgte Ziel – nämlich die Stärkung von Verbreitungsgrad und Niveau der Betrieblichen Altersversorgung – bei erneuter Verfehlung nicht erreicht werden, so stellt er schon heute in Aussicht, im Jahre 2022 »härtere« Maßnahmen, namentlich die Einführung eines Obligatoriums, zur Zielerreichung zu ergreifen.

Das Gesetz sieht neben der Verbesserung der steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen und der erstmaligen Einführung einer speziellen Förderung für Geringverdiener die Einführung des sog. Sozialpartnermodells vor. Der im ursprünglichen Entwurf des BRSg nur für die neu geschaffene reine Beitragszusage des Sozialpartnermodells verpflichtende Arbeitgeberzuschuss ist im Zuge der Debatten aus 2017 stark erweitert worden. Die Weitergabe der Sozialkostersparnis in Höhe von pauschalen 15 % sukzessive flächendeckend greift zunächst nur für Entgeltumwandlungszusagen im Wege des Sozialpartnermodells. Ab 01.01.2019 gilt sie dann für alle neu begründeten Entgeltumwandlungszusagen (auch solche außerhalb des Sozialpartnermodells) und ab 01.01.2022 umfassend für alle bestehenden Entgeltumwandlungszusagen (auch für solche vor 01.01.2018).

Das aufgrund des Verzichts der Subsidiärhaftung des Arbeitgebers unter dem plakativen Slogan »pay and forget« bekannt gewordene Sozialpartnermodell wird der BAV vielleicht tatsächlich den lange notwendigen Anschub geben. Viele Feinheiten müssen noch geklärt und umgesetzt werden. Die Zeit wird zeigen, ob sich die reine Beitragszusage neben den bekannten Systemen beweisen und etablieren kann. Zumindest bewirkte das BRSg aber schon vor Einführung, dass Politik, BAV-Welt und Arbeitgeber aufeinander zugehen und über Optimierungspotential sprechen.

Betriebliche Altersversorgung

Die Erweiterung des steuerfrei möglichen Beitrages auf 8 % der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) unter Verzicht auf die zuvor konstanten 1.800 € ist sehr zu begrüßen. Neben einer unmittelbaren Erhöhung bringt sie eine für die Zukunft positive Prognose durch die Bindung an künftige Steigerungen der BBG mit sich. Eine Flankierung durch eine Erweiterung der Befreiung der Sozialversicherungspflicht erfolgte nicht; diese verbleibt bei 4 % der BBG.

Auch die Finanzverwaltung reagierte zeitnah auf den Erlass des BRSVG und veröffentlichte bereits am 06.12.2017 ein 52 Seiten umfassendes Rundschreiben zur steuerlichen Förderung der Betrieblichen Altersversorgung.

Rentenanpassungsprüfungsverpflichtung

Neben Gesetzgebung und Finanzverwaltung trug auch die Rechtsprechung ihren Teil zu einem anspruchsvollen BAV-Jahr 2017 bei. Die bereits seit Jahren zunehmend zum Streitthema zwischen Gerichten und Gesetzgeber werdende Regelung zum Entfallen der Anpassungsprüfungspflicht des Arbeitgebers bei einer Pensionskassen- bzw. Direktversicherungsrente gemäß § 16 Abs. 3 Ziffer 2 BetrAVG sorgte erneut für harte Debatten und für eine weitere Gesetzesänderung.

Im Rahmen der erstmals am 30.09.2014 durch den Ruhegeldsenat des Bundesarbeitsgerichts erfolgten rechtliche Bewertung der Norm vertrat dieser die Auffassung, der Anwendungsbereich sei auf Zusagen ab Inkrafttreten der Deckungsrückstellungsverordnung am 16.05.1996 begrenzt. Dies sei der Wille des Gesetzgebers bei Erlass der Norm ge-

wesen. Die daraufhin folgende negative Resonanz von Arbeitgebern und Fachleuten war immens. Bereits am 21.12.2015 reagierte der Gesetzgeber – weit weniger als ein Jahr nach Veröffentlichung der Entscheidungsgründe – auf diese auch aus seiner Sicht fehlerhafte Bewertung der Norm. Es erfolgte eine klarstellende Anpassung im Rahmen der Gesetzesnovelle zur Mobilitätsrichtlinie. Etwa ein Jahr später, am 13.12.2016, hatte das Bundesarbeitsgericht sodann die Möglichkeit, Stellung zur angepassten Gesetzeslage zu beziehen. Im Rahmen dieser Entscheidung vertrat der Senat die Auffassung, die neue Gesetzeslage entfalte nur Wirkung für Anpassungstichtage ab 01.01.2016; für vorherige Anpassungstichtage gelte die alte Rechtslage. Der Senat führte aus, dass dies der Wille des Gesetzgebers war. Die wiederum folgende Negativresonanz führte dazu, dass der Gesetzgeber nun erneut aktiv wurde. Im Rahmen der Einführung des BRSVG stellte er in § 30c Abs. 1a BetrAVG klar, dass der durch den Senat interpretierte vermeintliche eben nicht der tatsächliche Wille des Gesetzgebers war. Die Gesetzesanpassung habe auch Geltung für Anpassungstichtage vor dem 01.01.2016.

Der Gesetzgeber hat den Ball nun wieder zurückgespielt. Bleibt zu hoffen, dass bei diesem Schlagabtausch nicht am Ende die eigentlich zu stärkende BAV der Verlierer ist. Jedenfalls tragen solch komplexe und hochrangig geführte Auseinandersetzungen um juristische Feinheiten sicherlich nicht zu der gewünschten Stärkung bei.

Betriebliche Altersversorgung

Mobilitätsrichtlinie

Auch auf europäischer Ebene tat sich einiges. Zum 01.01.2018 tritt das Gesetz zur Umsetzung der Mobilitätsrichtlinie in Kraft. Für die Anpassung der Versorgungswerke u. a. auf die reduzierten gesetzlichen Unverfallbarkeitsfristen, die Einführung einer Dynamisierungspflicht für Anwartschaften und die Erweiterung der Auskunftspflichten hatten die Arbeitgeber viel Vorlaufzeit. Bereits zum 31.12.2015 wurde das Gesetz verkündet.

Ausblick

Das Jahr 2018 dürfte spannend werden. Hier ist mit Interesse zu beobachten, welche Tarifvertragsparteien aus welcher Branche zuerst den Schritt in die garantierlose Welt wagen.

Informationen aus der PKDW

Das Jahr 2017 stand auch innerhalb der PKDW ganz im Zeichen des Betriebsrentenstärkungsgesetzes (BRSG):

Im traditionellen Seminar der PKDW im April in Duisburg und auch in den Praxisseminaren, die 2017 in Berlin, München und Hamburg durchgeführt wurden, stellt die PKDW die Entwicklung politischer Rahmenbedingungen in der Betrieblichen Altersversorgung vor. Das Seminar am 04.04.2017 in Duisburg stand dabei insgesamt unter dem Motto »Betriebsrentenstärkungsgesetz – Neuregelungen der Betrieblichen Altersversorgung«. Mit Herrn Michael Mostert von der IG BCE konnte wieder ein Gastredner begrüßt werden, der das BRSG aus Gewerkschaftssicht anschaulich darstellte. Basis dieses Seminars war zu diesem Zeitpunkt der Gesetzesentwurf zum BRSG.

In einem zweiten großen Seminar zum BRSG am 19.10.2017 in Duisburg wurde dann der endgültige Gesetzesentwurf zum Thema »Betriebsrentenstärkungsgesetz – Änderungen und Herausforderungen« vorgestellt. Erstmals bot die PKDW im Rahmen dieses Seminars einen geplanten Zeitrahmen für eine offene Gesprächsrunde zum Start in den Nachmittag an. Dies wurde intensiv angenommen und führte somit zu einem noch zielgerechteren Austausch.

Wie auch in den Vorjahren waren die Praxisseminare im Jahr 2017 inhaltlich stärker auf das PKDW-Modell bezogen. So wurden, neben den Neuerungen des BRSG, insbesondere die entsprechenden Umsetzungsmöglichkeiten mit der Pensions-

Betriebliche Altersversorgung

kasse vorgestellt. Die Praxisseminare boten die Möglichkeit, sowohl die Beziehung zu bereits bestehenden Mitgliedsunternehmen zu festigen als auch Kontakte zu potentiellen neuen Mitgliedsunternehmen herzustellen.

Es war zu beobachten, dass sich in 2017 bei dem einen oder anderen Marktteilnehmer Unsicherheit in Sachen BRSG eingestellt hatte. Dies ließ befürchten, dass gegenüber der Betrieblichen Altersversorgung eine abwartende Haltung eingenommen wurde. In Bezug auf das Mitgliederwachstum wurde die PKDW in dieser Annahme teilweise bestätigt, in Bezug auf das Beitragswachstum allerdings konnte das hohe Beitragsniveau der letzten Jahre in 2017 nochmals deutlich (auf über 72 Mio. Euro) gesteigert werden.

Insgesamt konnte die PKDW in 2017 vier neue Mitgliedsunternehmen begrüßen. Der in den letzten Jahren stetig steigende Anteil von Unternehmen, die die Betriebliche Altersversorgung ausgeschiedener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kassenfirmen fortführten, veränderte Rahmenbedingungen in Bezug auf diese Gesellschaften und Verschiebungen in der Mitgliederstruktur der betreuten Unternehmen insgesamt, veranlassten die PKDW zu Beginn des Jahres 2018 dazu, von den bisherigen Zählkriterien abzuweichen. Zukünftig werden alle Unternehmen, die ihre Betriebliche Altersversorgung über die PKDW durchführen, Kassenfirmen werden. Eine sinnvolle Abgrenzung erfolgt zum einen über die Versichertenanzahl

(mindestens zwei) und zum anderen über eine Beitragszahlung im laufenden Geschäftsjahr. Diese Betrachtung führt zu folgendem Ergebnis:

- > Die PKDW betreut insgesamt 635 Gesellschaften (526 Kassenfirmen und 109 fortführende Unternehmen), die die obigen Kriterien erfüllen
- > 99 bisherige Kassenfirmen führen bei der PKDW »nur noch« Ausgeschiedene bzw. Zahlungsempfänger
- > Weitere Unternehmen beschäftigten maximal einen bei der PKDW aktiv Versicherten bzw. zahlten in 2017 keine Beiträge

Auch im letzten Jahr wurden die Mitgliedsunternehmen wieder aktiv betreut, u. a. bei den folgenden Punkten:

- > Gestaltung zahlreicher, speziell auf die Betriebliche Altersversorgung ausgerichteter Informationsveranstaltungen
- > Unterstützung von Mitgliedsunternehmen durch Bereitstellung von Unterlagen und Erläuterungen von Zusammenhängen bei rechtlichen Auseinandersetzungen
- > Begleitung unserer Mitgliedsunternehmen bei der Einführung und Änderung von Versorgungsregelungen
- > Unterstützung bei Neuordnungen/Harmonisierungen von bestehenden Versorgungswerken

Betriebliche Altersversorgung

- > Beratung von Unternehmen in Bezug auf die Versorgung von Geringverdienern
- > Teilnahme an einem NRW-Mittelstandsforum mit einem Informations-Rollout
- > Begleitung von Arbeitnehmervertretern bei der Planung und Durchführung von Betriebsversammlungen
- > Durchführung mehrerer eintägiger Seminare zur Betrieblichen Altersversorgung im Rahmen einer IG BCE–Seminarreihe für Betriebsräte mit dem Schwerpunktthema »Altersübergang«.

Darüber hinaus informierte die PKDW die Mitgliedsunternehmen durch eine aktuelle Ausgabe der Informationsschrift »Vision«, die auch in diesem Jahr ganz im Zeichen des BRS stand sowie über E-Mail-Banner, die auf die jeweils aktuellen Themen hinweisen und regelmäßig angepasst werden.

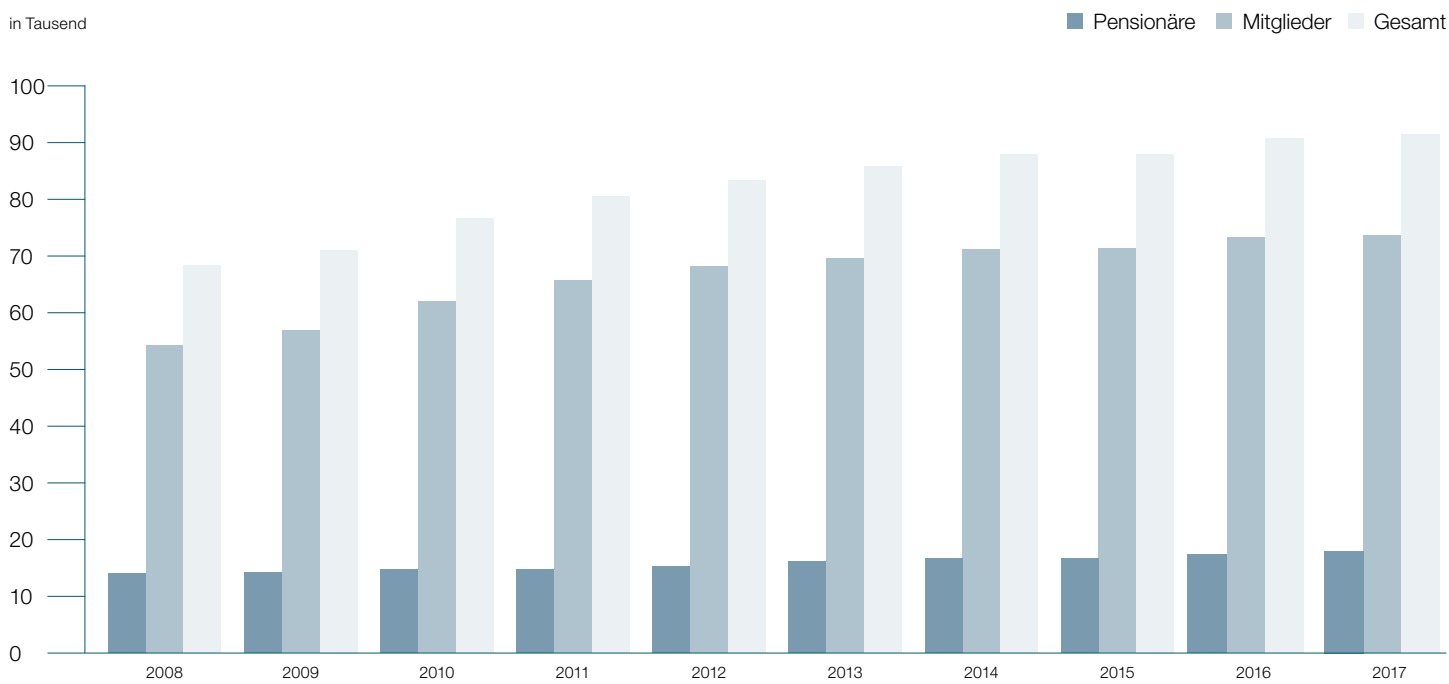
Auch in 2017 hat die PKDW ihren Bekanntheitsgrad und ihre Kompetenz in der Betrieblichen Altersversorgung durch Präsenz bei und Gestaltung von Veranstaltungen gestärkt. Dazu gehörten u. a.:

- > Teilnahme am Deutschen Betriebsrätetag in Bonn – dem zentralen Treffpunkt der Betriebsräte aller Branchen aus ganz Deutschland – mit einem Informationsstand und einem Fachvortrag zum Thema »Nachhaltigkeit & Demografie: Die Rolle der neuen Betrieblichen Altersversorgung«. Aufgrund der abermals guten Resonanz werden wir auch im Jahr 2018 wieder einen Fachvortrag im Rahmen des Betriebsrätetages anbieten
- > Teilnahme am IG BCE-Kongress mit einem Informationsstand

Mit dem Ziel, den Bekanntheitsgrad der PKDW weiter auszubauen, wurde in 2017 eine Partnerschaft mit dem Deutschen Betriebsrente Datentreuhand e.V. gestartet, welcher die Förderung, Verbreitung und Professionalisierung der Betrieblichen Altersversorgung in Deutschland als seine Aufgabe betrachtet. Somit erschließt die PKDW neue Kommunikationskanäle, da Sprachrohr der Datentreuhand ein Webmagazin ist, welches unter anderem über Twitter, Facebook und Linked-In beworben wird.

Die PKDW freut sich auf ein spannendes Jahr 2018 in der Betrieblichen Altersversorgung. Insbesondere sieht die PKDW Chancen auf eine Weiterentwicklung von innovativen Produkten und Geschäftsmodellen.

Entwicklung der Personenzahl der Pensionäre und Mitglieder seit 2008



Jahr	Mitglieder		Pensionäre		Gesamt
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
2008	54.317	79,6%	13.932	20,4%	68.249
2009	56.739	79,9%	14.290	20,1%	71.029
2010	62.060	81,0%	14.602	19,0%	76.662
2011	65.671	81,6%	14.857	18,4%	80.528
2012	68.094	81,8%	15.181	18,2%	83.275
2013	69.573	81,2%	16.097	18,8%	85.670
2014	71.185	81,1%	16.627	18,9%	87.812
2015	71.370	81,1%	16.673	18,9%	88.043
2016	73.373	80,8%	17.398	19,2%	90.771
2017	73.553	80,4%	17.956	19,6%	91.509

Kapitalmarkt

Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen haben auch 2017 die Zinsen niedrig gehalten und Aktienmärkte gut unterstützt.

Das konjunkturelle Umfeld in Europa hat sich im Laufe des Jahres immer weiter verbessert, auch in den USA und vielen Schwellenländern haben sich die Konjunkturdaten sehr positiv entwickelt. Somit ist die Weltwirtschaft 2017 um ca. 3,5 % gewachsen, was noch einmal einen Anstieg zum Vorjahr (2016: 3,1 %) bedeutet.

Die Politik der Zentralbanken war im Berichtsjahr besser planbar als in den Vorjahren. Die amerikanische Notenbank hatte beim letzten Zinsanstieg 2016 bereits drei weitere Zinsschritte für 2017 signalisiert, die auch 2017 so umgesetzt wurden und den Leitzins auf 1,5 % erhöht haben. Die Europäische Zentralbank hatte ebenfalls frühzeitig angekündigt auf der einen Seite ihr Anleihen-Kaufprogramm ab März 2017 von 80 Mrd. Euro auf 60 Mrd. Euro zu reduzieren und auf der anderen Seite das Programm mindestens bis September 2018 zu verlängern.

Aufgrund des guten wirtschaftlichen Umfelds ohne große Inflationsthemen und exogene Schocks und einer gut planbaren Zentralbankpolitik entwickelten sich bei geringer Volatilität risikobehaftete Anlageklassen gut. So haben die Aktienmärkte bei geringer Volatilität ein weiteres Jahr eine positive Entwicklung genommen. Der breite amerikanische Leitindex S&P 500 konnte 2017 um 19,4 % zulegen, der europäische EuroStoxx50 TR, der die 50 größten Unternehmen nach Marktkapitalisierung beinhaltet, stieg immerhin um 9,15 %.

Auf der Zinsseite hat der amerikanische Rentenmarkt die drei Zinsschritte zu jeweils 0,25 Basispunkten bereits im Vorfeld antizipiert. Somit bewegten sich die Renditen beispielsweise der zehnjährigen US-Treasuries im Jahresverlauf eher seitwärts und rentierten zum Jahresende mit 2,41 % sogar knapp unter dem Jahresanfangsniveau von 2,45 %. Zwar führte die EZB keine Zinsschritte durch, doch die europäischen Rentenmärkte konnten sich dem Leitmarkt USA nicht entziehen. So stiegen zehnjährige Bundesanleihen von 0,21 % am Jahresanfang um 21 Basispunkte, was auf dem absolut niedrigen Zinsniveau eine Verdoppelung des Ertrags bedeutet.

Unternehmensanleihen mit einem A-Rating, also guter Bonität, konnten in der Neuanlage bei einer Laufzeit zwischen 8,5 und 10 Jahre mit knapp 1 % Rendite erworben werden. Je nach Branche und Risikogehalt variierte die Rendite etwas, das Renditeniveau blieb aber im Berichtszeitraum nahezu unverändert. Gegenüber o.g. Bund-Renditen wird der geringe Risikoaufschlag deutlich.

Dafür sind die Risiken der Anlageklasse durch einzelne Ausfallrisiken auch 2017 wieder deutlich geworden. Am stärksten im Fokus stand der südafrikanisch-deutsche Möbelhändler Steinhoff, der Corporate Governance Fragen aufwarf. Der drastischste Fall in Deutschland ist sicher die Air Berlin-Pleite. Als die Verschuldung zu groß wurde, zog der Hauptaktionär Etihad die Reißleine. Der deutsche Staat sprang mit einem Überbrückungskredit ein, der Untergang von Air Berlin wurde aber nicht mehr abgewendet. Der Konkurrent Deutsche Lufthansa übernahm im Anschluss große Teile des Konzerns.

Kapitalmarkt

Im Bereich der Staatsrisiken ist Venezuela aufzuführen, Auslandsschulden wurden umstrukturiert, seitdem handeln ausstehende Anleihen noch bei einem Viertel ihres Nominals. Die PKDW verzeichnete 2017 im Eigenbestand weder einen Ausfall von Zinszahlung noch den Ausfall einer Anleihe.

Bei weiter niedrigem Zinsniveau war auch 2017 die Flucht in Sachwerte ungebrochen, insbesondere der Immobiliensektor war gefragt. Die Preise bei Wohn- und Gewerbeimmobilien haben sich weiter erhöht, Mieten lassen sich aber nicht mehr in allen Märkten in gleichem Ausmaß nach oben anpassen. Hier sind erste Überhitzungstendenzen am Immobilienmarkt erkennbar.

Auf der Währungsseite gehörte die Stärke des Euro gegenüber dem US-Dollar zu den Überraschungen. Zum Jahreswechsel 2016/17 lag das Währungsverhältnis Euro/USD um 1,05, an den Märkten wurde die Parität diskutiert. Im Laufe des Jahres zeigte sich aber, dass die Umsetzung der fiskalpolitischen Konjunkturimpulse in den USA nicht leicht wird. In Europa flauten die politischen Risiken in den Frühjahrswahlen ab, die Konjunkturdaten in Europa verbesserten sich kontinuierlich, sodass zeitweise die Marke von 1,20 Euro/USD überschritten wurde.

Der Ölpreis handelte zu Beginn des Berichtszeitraums um 55 USD/Barrel bei der in der Nordsee geförderten Sorte Brent. Eine große Förderungsdisziplin der Opec und Nicht-Opec Länder verbunden mit einer zögerlichen Produktionsausweitung der US-Schieferölindustrie und eine immer weiter anziehende Weltkonjunktur verhalfen dem Ölpreis zu einem Jahresendstand von 66,61 USD/Barrel.

An politischen Ereignissen ist als Erstes der Amtsantritt von Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu nennen, der das Motto »America First« vertritt. Von seinen diversen Vorhaben, zum Beispiel der Mauerbau an der Grenze zu Mexiko, konnte nur die Steuerreform mit Steuerentlastungen für breite Bevölkerungsschichten umgesetzt werden. Weiter erwähnenswert ist sicher der Austritt der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Der weiter andauernde Konflikt mit Nordkorea aufgrund von Raketen- und Atomtests hat temporär zu einer Anpassung im regionalen Kräftegleichgewicht und zu Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten geführt.

Die britische Premierministerin Theresa May versuchte, mit vorgezogenen Neuwahlen, ein Mandat für ihren harten Brexit-Kurs zu erhalten. Sie verfehlte aber die absolute Mehrheit. Die Labourpartei konnte hingegen die größten Gewinne verbuchen. Weiterhin sind bei der Umsetzung des Brexit viele Themen offen.

Kapitalmarkt

Für die Rentenmärkte war die Katalonien-Krise temporär bedeutend. Katalonien hat ein umstrittenes Unabhängigkeitsreferendum durchgeführt. Einige Unternehmen haben daraufhin vorsorglich ihren Firmensitz von Barcelona nach Madrid verlegt. Vier Wochen nach der Unabhängigkeitserklärung erklärte die spanische Zentralregierung die katalanische Regionalregierung unter Carles Puigdemont für abgesetzt. Spreadausweitungen spanischer Anleihen waren nur vorübergehender Natur.

Nach einem langen Prozess der Regierungs- und Oppositionsbildung wird Deutschland seit dem 14.03.2018 von der gleichen Großen Koalition wie bisher regiert. Angela Merkel ist zum vierten Mal zur Kanzlerin gewählt worden, so dass die politischen Risiken für die Kapitalmärkte in Europa zurückgegangen sind.

Kapitalanlagen

Die Geldpolitik der beiden großen Zentralbanken, der EZB (Europäische Zentralbank) und der US-Notenbank (Fed) war im Berichtszeitraum 2017 für alle Marktteilnehmer relativ gut kalkulierbar.

Die EZB hat frühzeitig bekanntgegeben, dass sie ihr Anleihen-Kaufprogramm bis Dezember 2017 mit 60 Mrd. Euro fortführen und erst im Januar 2018 auf 30 Mrd. Euro reduzieren wird. Gleichzeitig legte sie fest, dass die Laufzeit der Anleihenkäufe bis September 2018 verlängert wird, bei Bedarf sogar darüber hinaus. Der als Quantitative Easing (Quantitative Lockerung) bezeichnete Ankauf von staatlichen und privaten Anleihen war eingeführt worden, um die Finanzkrise in der Eurozone zu überwinden. Der Leitzins liegt unverändert bei 0%.

Die Fed hat dagegen bei ihrer Zinserhöhung im Dezember 2016 drei weitere Zinsschritte für 2017 in Aussicht gestellt. Selbst die Termine März, Juni und Dezember galten früh als wahrscheinlich, der Leitzins wurde schrittweise auf 1,5% angehoben. Im Gegensatz zur EZB reagiert die Fed damit auf ein weiter starkes Wirtschaftswachstum.

In dem für den Euro-Anleger weiter niedrigen Zinsumfeld mit geringen Risikoprämien versucht die PKDW die Kapitalanlage dadurch zu stärken, dass neben dem traditionellen Geschäft der festverzinslichen Anleihen zusätzliche erhöhte Renditequellen in anderen Anlageklassen erschlossen werden.

Die Grundlage für diese Portfoliokonstruktion ist seit Jahren ein revolvingender Asset-Liability-Ansatz, der die Kapitalanlagenseite unter Berücksichtigung der passivseitigen Verpflichtungen modelliert. Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften wird seit vielen Jahren eine Asset-Liability-Management-Studie von der HSBC erstellt. Hier schätzen wir die externe Expertise eines kompetenten Partners, der eine objektive Einschätzung für unsere Unternehmensentwicklung abgibt. Die ALM Studie bleibt auch 2017 ihrem Ansatz der Vorjahre treu, dass dem gegebenen Kapitalmarktumfeld mit einer breit diversifizierten Kapitalanlage zu begegnen ist, die an vielen Stellen Renditechancen aufzeigt und Risiken breit streut. Dieses Vorgehen unterstützt den Ansatz der PKDW:

- > So hat die PKDW in den letzten Jahren die Anlageklasse der festverzinslichen Wertpapiere immer weiter diversifiziert. Die PKDW hält strukturierte Papiere mit Kündigungs- und Andienungsrechten. Diese sind überwiegend Wertpapiere, die dem Emittenten ein oder mehrere Kündigungsrechte, sog. Calloptionen einräumen. Dieses Recht bezahlt der Emittent mit einer erhöhten Rendite. Allerdings wird die Planung der tatsächlichen Laufzeiten und Cashflows schwieriger, da die Anleihen je nach Entwicklung der Zinsen evtl. vorzeitig vom Emittenten zurückgezahlt werden können. Aufgrund dieser Marktentwicklungen wurde intern die Quote auf 25% limitiert. Als zweite festverzinsliche Wertpapierkategorie werden Anleihen, die ein Andienungsrecht beinhalten, gehalten. Hier hat der Emittent die Möglichkeit, eine oder mehrere Tranchen des abgeschlossenen Geschäftes zu einem späteren festgelegten Zeitpunkt dem Investor noch einmal anzudienen. Diese Art von Geschäft-

Kapitalanlagen

ten ist insbesondere in fallenden und seitwärts gerichteten Zinsmärkten attraktiv, weil die Andienungsrechte zwar die Rendite des Ursprungsgeschäfts erhöhen, die Andienung weiterer Tranchen aber unwahrscheinlicher wird. Somit erhöht sich das angediente Anleihevolumen bei einem Emittenten nicht weiter und lässt Spielraum für weitere Transaktionen mit anderen Emittenten.

- > Eine weitere Möglichkeit zur Erhöhung der Rendite ergibt sich bei Anleihen durch sogenannte Null-Kupon-Anleihen (Zeros). Im Gegensatz zu Kuponanleihen mit einem festgelegten Zinssatz, der einmal im Jahr ausgezahlt wird, werden beim Zero die jährlichen Zinsen auf das ausgeliehene Kapital aufgeschlagen und in den Folgejahren ebenfalls mitverzinst.
- > Die PKDW hat auch 2017 die geografische Aufteilung im Portfolio weiter verändert. Bereits im Vorjahr war die Quote der deutschen festverzinslichen Wertpapiere im Direktbestand unter die 50 %-Marke gesunken. Im laufenden Jahr wurde sie weiter auf ca. 43,5 % reduziert. Die Anleihen der Bundesrepublik Deutschland weisen weiterhin das beste Rating von AAA aus. Somit werden Bundesanleihen von vielen Anlegern als sicherer Hafen genutzt (Safe Haven Status). Die Kehrseite dieser Medaille ist jedoch eine relativ niedrige Rendite. Das macht die Anleihen anderer europäischer Staaten und Unternehmen attraktiv. Nach einer Qualitätsprüfung dieser Emittenten besteht hier die Möglichkeit einer Zusatzrendite unter Inkaufnahme einer etwas geringeren Bonität.

- > Weiter attraktiv sind die Renditen in den Emerging Markets (Schwellenländer). Diese Länder weisen oftmals ein höheres Wirtschaftswachstum als die Developed Markets (Industrieländer) auf. Das erhöhte Wachstum geht mit höheren Zinsniveaus einher, somit können in Euro denominated Emerging Markets-Anleihen höhere Renditen generiert werden.

Die Erträge aus den gut kalkulierbaren festverzinslichen Wertpapieren sind auch 2017 durch höhere Erträge der Risikoassets ergänzt worden. So wurden wieder gezielt Risiken im Bereich der Private Equity Investments eingegangen. Weitere alternative Anlagen sind im Masterfonds gebündelt. Neben dem Engagement in Aktien, das im Berichtszeitraum um ein weiteres Prozent erhöht wurde, sind außerdem Investitionen in nachrangige Papiere, ein Renten Absolut Return Mandat und mehrere Emerging Market Investments getätigt worden. Diese höher rentierlichen Anlagen erfordern ein komplexes Kreditmanagement, sodass hier auf einen externen Manager zurückgegriffen wird.

Insgesamt stellt die Vergabe von externen Mandaten weiter die Ausnahme dar, da im Umfeld absolut niedriger Zinsen die Performance noch einmal durch die Vergütung des Managers belastet wird. Der oben erwähnte Masterfonds mit einem Volumen von ca. 302 Mio. Euro hat 2017 eine wirtschaftliche Rendite von 6,4 % erzielt.

Trotz dieser Alternativen führt kein Weg daran vorbei, die anfallende Liquidität aus Mitgliedsbeiträgen, Fälligkeiten und Zinszahlungen überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere

Kapitalanlagen

zu investieren. Die gut planbaren laufenden Zinszahlungen und eine kalkulierbare Fälligkeitenstruktur haben weiter eine hohe Bedeutung.

Beginnend mit der Aktienanlage sollen die einzelnen Anlageklassen im Folgenden näher betrachtet werden:

Aktien

Nach fünf guten Aktienjahren von 2012 bis 2016 hat sich der Aktienmarkt per Saldo auch 2017 gut entwickelt. Trotz der Abgask Diskussion im Automobilssektor, die zur Jahresmitte eine Korrektur der europäischen Märkte zur Folge hatte, konnte die europäische Benchmark EuroStoxx50 TR 9,15 % zulegen. Das wirtschaftlich gute Umfeld und die Suche nach alternativen Anlagen zu niedrig verzinslichen Wertpapieren bescherte ein weiteres gutes Aktienjahr. Die PKDW erzielte mit dem europäisch ausgerichteten Aktiensegment im Masterfonds ein Ergebnis von 10,17 %. Hier sind 49,8 Mio. Euro investiert, die Dreiviertel des Aktienengagements ausmachen. Weitere 12,5 Mio. Euro sind in einem gemischten Fonds allokiert. Hier hat die Aktienquote von ca. 30 % wesentlich zur Wertentwicklung beigetragen. Die Aktienquote der PKDW liegt bezogen auf den Gesamtwert der Kapitalanlagen bei 3,4 %.

Private Equity

Zusätzlich zu den börsennotierten Aktien wurde 2017 auch weiter in Private Equity, also außerbörsliches Eigenkapital, investiert. Das Portfolio, Startphase war in 2006, beinhaltet ein Volumen von 51,7 Mio. Euro (Vj. 47,1 Mio. Euro). Gegenüber

dem Vorjahr wurden vier neue Zusagen getätigt (2 Tranchen zu je 5 Mio. Euro und 2 Tranchen zu je 5 Mio. USD). Insgesamt wurden in 2017 10,7 Mio. Euro an Kapital abgerufen, dem standen Kapitaltilgungen in Höhe von 4,9 Mio. Euro gegenüber. Zudem flossen diverse Ausschüttungen in einer Gesamthöhe von knapp 2,6 Mio. Euro der Kasse zu. Die Performance aus der Anlageklasse Privat Equity kann sich auch 2017 mit 9,99 % (Vj. 6,62 %) sehen lassen. Die Ausschüttungsrendite lag mit 5,0 % in 2017 unter dem Wert von 2016 mit 10,8 %. Im Vergleich dazu lag die Dividendenrendite des EuroStoxx 50TR in 2017 bei 2,67 %.

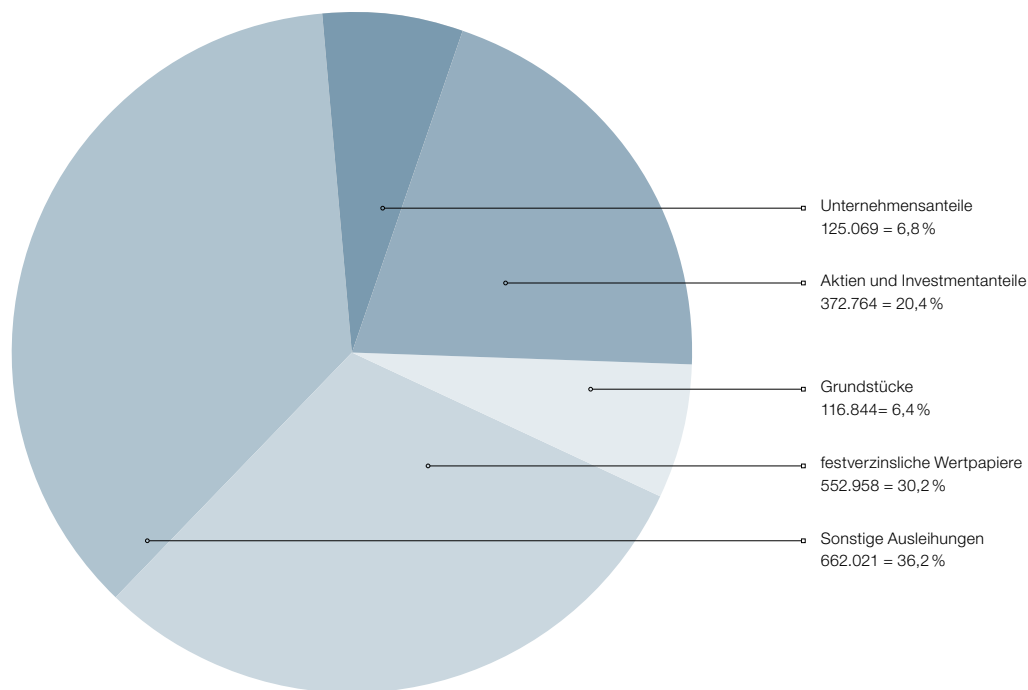
Loans

Der in 2015 aufgebaute Bereich der Loans wurde in 2017 weiter ausgebaut. Das Portfolio stieg auf 34,1 Mio. Euro (Vj. 28,4 Mio. Euro). Gegenüber dem Vorjahr wurden zwei neue Zusagen in einer Gesamthöhe von 12,5 Mio. Euro getätigt. Insgesamt wurden in 2017 10,0 Mio. Euro an Commitments abgerufen, dem gegenüber standen Kapitaltilgungen in Höhe von 6,0 Mio. Euro. Zudem flossen diverse Ausschüttungen in der Gesamthöhe von knapp 0,5 Mio. Euro der Kasse zu. Die Performance aus der Anlageklasse Loans liegt 2017 bei 2,35 % (Vj. 3,42 %). Die Ausschüttungsrendite lag mit 1,50 % in 2017 unter dem Wert von 2016 mit 4,04 %.

Festverzinsliche Wertpapiere

Das Gros des Portfolios der PKDW besteht aus festverzinslichen Wertpapieren. Das Volumen liegt nahezu unverändert zum Vorjahr bei 1.505,9 Mio. Euro (Vj. 1.478,7 Mio. Euro). Der

Bestände der Kapitalanlagen in TEuro zum 31.12.2017



Gesamt: TEuro 1.829.656

Anteil an den gesamten Kapitalanlagen hat sich aufgrund des gestiegenen Gesamtvolumens auf 82,3 % vs. Vorjahr (84,0 %) reduziert. Der Grund liegt im Ausbau alternativer Anlageklassen, insbesondere dem Aktienengagement.

I. Traditioneller Direktbestand

Der Direktbestand an Forderungen gegenüber Banken und der öffentlichen Hand beträgt zum Jahresende 2017 1.062,2 Mio. Euro (Vj. 1.072,5 Mio. Euro). Diese Kapitalanlagen lassen sich in unten aufgeführte Sicherungs- bzw. Risikosysteme einordnen. Dabei ging in den letzten Jahren der Trend deutlich zu renditestarken Anlagen mit schwächerem Sicherungssystem. Im Gegensatz zu Anlagen mit solidem Sicherungssystem ist dann eine aufwendigere Bonitätsprüfung notwendig. Grundsätzlich erhöht die PKDW den Diversifikationsgrad mit der Abnahme der Qualität des Sicherungssystems, das Risiko wird dann auf mehrere Emittenten und Anleihen verteilt.

Aufsichtsrechtlich erhält diese Verfahrensweise Unterstützung mit dem Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratingagenturen (CRA III). Dieses Gesetz fordert von institutionellen

Anlegern eine erhöhte eigene Risikoeinschätzung vor dem Erwerb und auch in Abständen während der Haltedauer. Dazu hat die PKDW in den letzten drei Jahren einen Prozess implementiert, der im internen Kreditleitfaden dokumentiert ist.

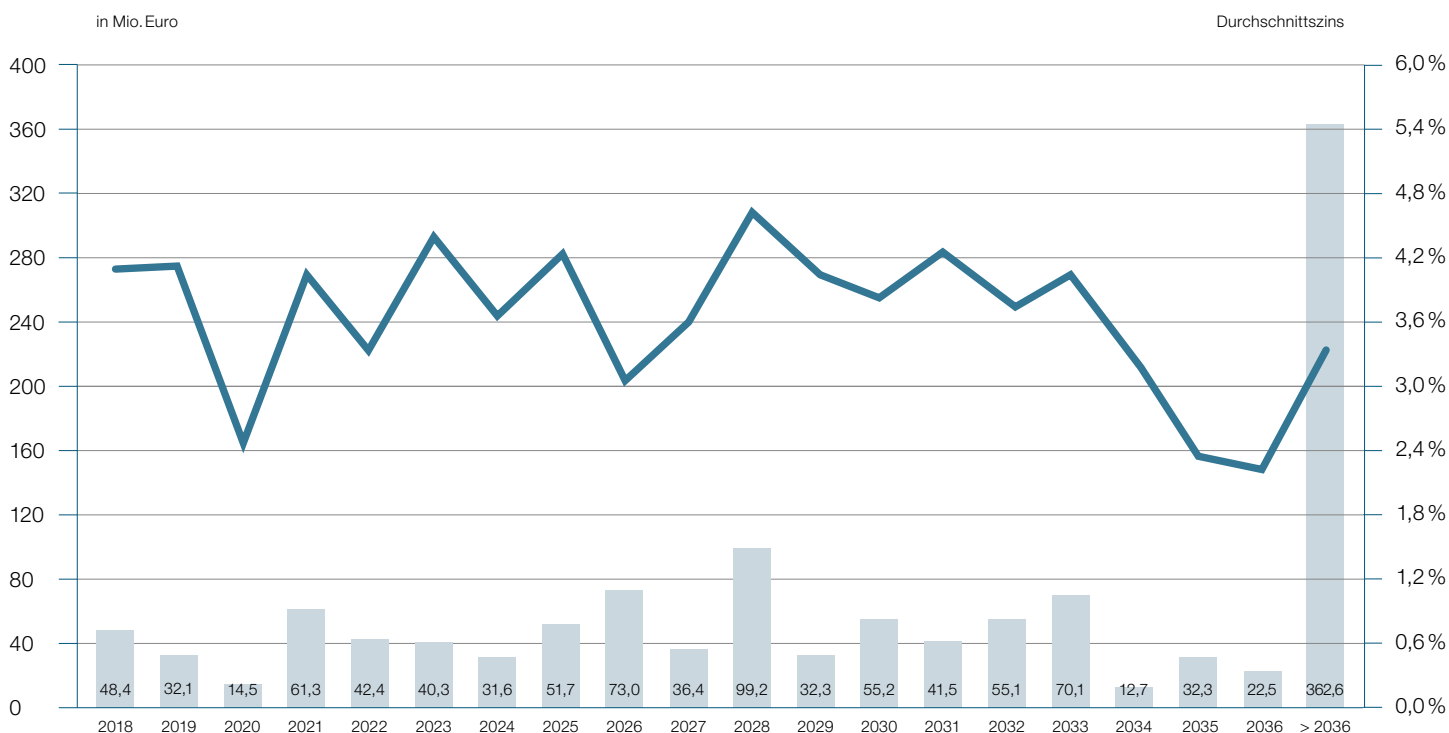
1. Pfandbriefe

Das Volumen der öffentlichen Pfandbriefe und Namenspfandbriefe hat sich Ende 2017 auf 327,2 Mio. Euro (Vj. 297,4 Mio. Euro) erhöht. Darunter sind Forderungen gegen deutsche und europäische Banken zu verstehen, die durch Hypotheken und öffentliche Kredite besichert sind. Somit handelt es sich um ein gutes Sicherungssystem; Anleihen haben oft ein AAA Rating. Damit wird bei der PKDW teilweise der o.g. Trend zu schwächeren Sicherungssystemen kompensiert und das Rating des Gesamtportfolios stabilisiert.

2. Einlagensicherung des privaten Bankgewerbes

Der Einlagensicherungsfonds stellt bisher ein solides Sicherungsinstrument für Forderungen gegen private Banken dar. Seit Oktober 2017 gilt dieser freiwillige Schutz nur noch für private Anleger und ist für institutionelle Investoren aufgehoben worden. Es besteht ein Bestandsschutz für bestehende

Fälligkeitenfächer – festverzinsliche Namens- und Inhaberpapiere



In Mio. Euro nach Nennwerten per 31.12.2017 – Durchschnittsnominalzins: gewogener Durchschnitt des jeweiligen Jahres
Gesamtsumme: 1.215,0 Mio. Euro – Durchschnittsnominalzins gesamt: 3,66 % (inkl. ABS) – durchschnittliche Restlaufzeit: 15,6 Jahre (vertragliche Laufzeit)

Anleihen, neue Bestände sind durch den Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes nicht mehr abgesichert. Der Anteil der PKDW wurde in den letzten Jahren kontinuierlich reduziert, im Wesentlichen durch Fälligkeiten und emittentenseitige Kündigungen. Nach 136,3 Mio. Euro im Vorjahr liegt der Bestand im Berichtsjahr noch bei 97,1 Mio. Euro.

3. Genossenschaftliches Sicherungssystem

Die Anlagen nach dem genossenschaftlichen Sicherungssystem bestehen mit 99,6 Mio. Euro fast unverändert zum Vorjahr (Vj. 97,3 Mio. Euro).

4. Öffentlich-rechtliche Banken

Nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung besteht hier noch das Sicherungssystem der Sparkassen und Landesbanken. Die Forderungen gegen öffentlich-rechtliche Banken sind nahezu unverändert. Neue Investments wurden vorgenommen, so dass der Bestand jetzt bei 186,9 Mio. Euro liegt (2016: 179,1 Mio. Euro; 2015: 213,4 Mio. Euro; 2014: 233,0 Mio. Euro; 2013: 246,0 Mio. Euro).

5. Souveräne Staaten und deren Finanzierungsvehikel

Der Bestand an Staats- und Länderanleihen ist von 147,6 Mio. Euro im Vorjahr um 9,7 Mio. Euro auf 137,9 Mio. Euro im Berichtsjahr abgeschmolzen.

6. Nachrangige Anleihen

Nachträge sind ungesichert, bedürfen einer besonderen Kreditprüfung und weisen eine attraktive Rendite auf. Das Volumen wurde von 18,6 Mio. Euro auf 19,3 Mio. Euro geringfügig erhöht. Diese relativ überschaubare Position ist im Zusammenhang mit einem Nachrang-Fondssegment im Masterfonds zu sehen. Dieser in 2015 aufgelegte Subfonds wird von unseren Vermögensverwaltern betreut. Das Fondsvolumen ist durch eine gute Marktentwicklung zum Jahresende auf 43,8 Mio. Euro (Vj. 40,6 Mio. Euro) angestiegen.

7. Sonstige

Auch der Bestand an sonstigen Anlagen ohne Absicherung ist deutlich ausgeweitet worden. Bei den Papieren handelt es sich im Wesentlichen um Inhaberschuldverschreibungen. So hat sich das Volumen von 139,1 Mio. Euro im Vorjahr auf jetzt 160,6 Mio. Euro erhöht.

Kapitalanlagen

II. Asset Backed Securities (ABS)

Bei diesen Papieren handelt es sich um forderungsbesicherte, verzinsliche Wertpapiere, die Zahlungsansprüche gegen eine Zweckgesellschaft haben. Die Zweckgesellschaft verwendet die Mittel ausschließlich zum Erwerb von Forderungen, meist gegen mehrere Gläubiger. Die ABS Papiere werden oft variabel verzinslich begeben und haben in der Regel eine kurze Laufzeit. Das ABS Portfolio ist breit gestreut, so wird beispielsweise in europäische Hypotheken, Unternehmensanleihen und gebündelte Forderungen gegen die öffentliche Hand investiert.

Der Bestand an ABS ist 2017 deutlich ausgeweitet worden. Nach einem Investment von 29,9 Mio. Euro im Vorjahr sind im Berichtszeitraum nun insgesamt 40,7 Mio. Euro investiert. Damit sind die in der ABS Struktur typischen Tilgungen durch Neukäufe deutlich überkompensiert worden.

Zwar sind die Renditen für diese Anlageklasse gefallen, aufgrund ihrer Besicherung durch Forderung weisen sie aber eine gute Bonität auf, die oft mit AAA geratet wird. Somit wird durch die Illiquiditätsprämie eine attraktive Rendite erzielt und durch die Bonität ein Beitrag zur Stabilisierung des Gesamtportfolios erreicht. Diese Papiere hat die PKDW ausschließlich in der externen Verwaltung, weil die Kreditprüfung und die Administration dieser Papiere sehr komplex sind.

III. Unternehmensanleihen

Neben der Thematik niedriger Zinsen wird bei den Unternehmensanleihen das Problem reduzierter Risikoprämien deutlich. So sind im Laufe des Berichtszeitraums die Aufschläge für das eingegangene Kreditrisiko des einzelnen Unternehmens deutlich zurückgegangen. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass die EZB ihr Anleihen-Kaufprogramm auch auf Unternehmensanleihen ausgeweitet hat. Seit Mitte 2016 tritt die EZB im Rahmen ihres CSPP (Corporate Sector Purchase Program) als Nachfrager am Corporate-Markt auf. Somit konnte das Volumen an Unternehmensanleihen mit 174,4 Mio. Euro (Vj. 160,8 Mio. Euro) nur noch leicht ausgeweitet werden.

Wie bei den zuvor beschriebenen Asset Backed Securities erfordern auch Unternehmensanleihen eine aufwendige Kreditprüfung, sowohl beim Erwerb als auch während der Laufzeit. Aus diesem Grund wird auch hier ein beträchtlicher Teil dieser Anlageklasse von externen Managern verwaltet. Bei Unternehmensanleihen sind die Risiken der Investitionen auf viele Emittenten breit gestreut worden. Diese Diversifikation findet auf Länder- sowie auf Branchenebene statt.

Wie bei den Bankanleihen werden auch bei den Unternehmensanleihen nachrangige Titel separat ausgewiesen. Ihr Volumen ist mit 33,6 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr mit 32,9 Mio. Euro nahezu unverändert.

Kapitalanlagen

Die Anleihen befinden sich grundsätzlich im Investment-Grade-Bereich. Die im Vorjahr noch aufgeführten Publikumsfonds im High Yield Bereich mit ca. 7 Mio. Euro wurden zum Jahresende hin veräußert. Neben einer Gewinnrealisierung stellt der Verkauf einen ersten Schritt zur Risikoreduzierung für das Folgejahr dar.

IV. Regionale Herkunft der Schuldner festverzinslicher Wertpapiere

Anhand der festverzinslichen Wertpapiere im Direktbestand soll im Weiteren noch auf die geografische Diversifikation eingegangen werden. Auf Länderebene ist der Kernbestand weiterhin in Deutschland investiert. In den letzten Jahren hat aber eine deutliche regionale Verbreiterung stattgefunden. Durch die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sind die niedrigen Renditeniveaus gut unterstützt, sodass in der gesamten Eurozone investiert werden kann. Aufgrund höherer Renditeniveaus in Ländern außerhalb Europas haben sich die Investments auch auf andere Kontinente ausgeweitet.

Per 31.12.2017 hat der gesamte Direktbestand ein Volumen von 1.215,0 Mio. Euro und ist somit nahezu unverändert zum vorherigen Berichtszeitraum (Vj 1.203,1 Mio. Euro). Unter Direktbestand werden Wertpapiere verstanden, die nicht in Fonds, sondern direkt auf der Bilanz des Unternehmens gehalten werden. Der Anteil deutscher Wertpapiere wurde auf 528,1 Mio. Euro (Vj. 583,3 Mio. Euro) nochmals reduziert und macht noch ca. 43,5 % des Bestandes aus (Vj. 48,5 %). Weitere Länderschwerpunkte sind im Folgenden aufgeführt.

Nach Deutschland liegt die größte Ländergewichtung weiterhin in den Niederlanden mit 7,2 % (Vj. 6,9 %), gefolgt von Frankreich mit 7,0 % (Vj. 6,1 %) und Österreich mit 5,9 % (Vj. 5,8 %). Britische Investments machen mit 60,3 Mio. Euro 5 % aus, was der Vorjahresquote entspricht. Irland liegt mit einer Gewichtung von 4,0 % (Vj. 3,6 %) weiterhin knapp vor Spanien mit 3,4 % (Vj. 3,3 %). Weiterhin sind noch Italien mit 2,8 % (Vj. 2,9 %) und Norwegen mit 2,5 % (Vj. 2,6 %) zu nennen.

In Osteuropa bestehen Investments in Polen, Slowenien und der Slowakei. Außerhalb Europas ist der Anstieg der USA-Quote auf 5,2 % (Vj. 3,2 %) nennenswert.

Im Bereich der Emerging Markets ist die PKDW in der Direktanlage in Mexiko mit 12,5 Mio. Euro, sowie in Brasilien, der Türkei und Russland investiert. Der Gesamtbestand in diesen vier Ländern hat sich leicht auf 22,3 Mio. Euro (Vj. 20,5 Mio. Euro) erhöht.

Für die PKDW hat der Emerging Market Bereich in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Aufgrund des höheren Wirtschaftswachstums dieser Regionen liegt die Renditeerwartung, wenn auch unter Schwankungen, mittelfristig höher als in Europa. Zudem sorgen höhere Kupons für die notwendigen laufenden Erträge.

Kapitalanlagen

Das Volumen ist 2017 nicht wesentlich ausgebaut worden und macht weiterhin ca. 8 % der Kapitalanlagen aus. Der Emerging Market Bereich wird neben dem o.g. Direktbestand vorwiegend in den Fondssegmenten verwaltet. Das ist aus Sicht der PKDW notwendig und sinnvoll, da sich das Anlageuniversum von Süd- und Mittelamerika, über Osteuropa bis hin nach Asien erstreckt. Während die Anleihen im Direktbestand in Euro denominated sind, gilt es in den Fonds diverse Währungen zu managen und größtenteils gegen Euro abzusichern. Die Analyse dieses großen Spektrums erfordert ausreichend große Teams mit spezieller Sachkenntnis.

Immobilien

Im aktuell anhaltenden Niedrigzinsumfeld hält die Attraktivität der Assetklasse Immobilien weiter an, erhält aber bei stetig steigendem Investoreninteresse zu erwartende Renditeabschläge. Sowohl die Kaufpreise aller Assetklassen als auch die Mieten in Bestandsimmobilien sind insbesondere in Ballungsräumen und Nebenlagen weiter angestiegen. 2017 wurden im Ankauf vereinzelt auch Immobilien in attraktiven Nebenlagen in Betracht gezogen. Im aktuellen Kapitalmarktumfeld bleibt die Anlage in Sachwerten insgesamt für die PKDW jedoch weiter attraktiv. Die langfristige Immobilienquote soll weiterhin knapp 10 % der gesamten Kapitalanlagen erreichen und das Immobilienportfolio selektiv erweitert werden.

Der Gesamtbestand an Immobilien ist 2017 auf 171,6 Mio. Euro (Vj. 152,8 Mio. Euro) angestiegen. Zukäufe im Eigenbestand haben das Volumen von 137,7 Mio. Euro auf 156,2 Mio. Euro erhöht. Der Großteil der Immobilien wird somit weiter in der Direktanlage gemanagt.

Die Allokation ist auf strategische Investitionsstandorte in Deutschland fokussiert. Der Schwerpunkt der Direktanlage bleibt dabei vorrangig der Bereich der Wohnimmobilien. Wohn- und Geschäftshäuser sowie Büroimmobilien dienen der Beimischung. Der Fondsbereich spielt eine eher untergeordnete Rolle. Zwei Sondervermögen mit gewerblichen Immobilien bilden diesen Teil der Assetklasse Immobilien ab, um die Diversifikation des Immobilienportfolios zu erweitern. Der Buchwert der indirekten Anlage beträgt Ende 2017 15,4 Mio. Euro (Vj. 15,1 Mio. Euro).

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Bestandswachstum: 4,0 % Beitragswachstum sowie 2.182 neue Mitglieder

I. Die positive Beitragsentwicklung 2017

Die Gesamtbeiträge belaufen sich auf 72.272 TEuro. Im Vergleich zum Jahr 2016 mit einem Gesamtbeitragsvolumen in Höhe von 69.447 TEuro ergibt sich ein Beitragsanstieg des Jahres 2017 in Höhe von 4,0 %; der Beitragsanstieg des Vorjahres lag bei schon für 2016 unerwarteten 3,2 %. Damit liegen die gesamten Beitragseinnahmen und ebenfalls das Wachstum in den Gesamtbeiträgen über dem hohen Niveau des Jahres 2016.

Wiederum besonders hervorzuheben ist der Anteil der laufenden Beiträge am gesamten Beitragsvolumen. Mit 72.103 TEuro beträgt der Anteil der laufenden Beiträge 99,8 % (2016: 99,9 % laufende Beiträge). Damit heben wir uns wiederum nachhaltig von den Lebensversicherungsunternehmen ab, deren Anteil an laufenden Beiträgen deutlich geringer liegen wird. Die Einmalbeiträge der PKDW liegen im Jahr 2017 entsprechend bei 169 TEuro (2016: 103 TEuro).

Die Daten zur Entwicklung der deutschen Pensionskassen liegen um ein Jahr verzögert vor. Danach zeigen die versicherten Brutto-Beiträge aller Pensionskassen laut Geschäftsbericht 2016 der BaFin und der PKDW in den Jahren 2012 bis 2017 folgendes Bild:

Entwicklung der Bruttobeiträge

Jahr	alle Pensionskassen	PKDW
2017	./.	+ 4,0 %
2016	+ 1,5 %	+ 3,2 %
2015	- 1,6 %	- 2,6 %
2014	+ 2,4 %	+ 3,0 %
2013	+ 3,9 %	+ 2,6 %
2012	+ 5,9 %	+ 4,4 %
2011	+ 1,7 %	+ 9,1 %

Das Beitragswachstum der PKDW liegt bezogen auf die Jahre 2012 bis 2016 mit einer Höhe von 10,9 % nahezu auf dem Beitragswachstumsniveau aller Pensionskassen (+ 12,5 %) des gleichen Zeitraumes. Bei den Branchenzahlen ist dabei zu berücksichtigen, dass das Beitragswachstum in der Branche nach Angaben der Aufsichtsbehörde insbesondere durch zwangsweise Erhöhungen der Arbeitgeberbeiträge auf häufig 500 % der ursprünglich geleisteten Beiträge bei Beitragsdeckungspensionskassen resultiert. Ein höheres Beitragswachstum der PKDW wurde wiederum durch Personalabbaumaßnahmen einzelner PKDW-Trägerunternehmen abgemildert.

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Die Zahl der Mitgliedsunternehmen mit einem Jahresbeitrag von über 1 Mio. Euro liegt wie im Vorjahr bei 12 Unternehmen. Dennoch stieg die Gesamtbeitragssumme der dieser Gruppe zugehörigen Unternehmen im direkten Vergleich von 21.368 auf 22.215 TEuro (demnach um 4,0%) an.

Besonders erfreulich stellt sich die Entwicklung in dem Segment 500 TEuro bis 1 Mio. Euro Gesamtbeitrag dar. Hier findet sich nun im Vergleich zu 2016 ein zusätzliches Unternehmen. Der Gesamtbeitrag dieser Gruppe stieg entsprechend auf 15.704 TEuro (Vj. 14.249 TEuro) und somit um 10,2%.

Die Beitragseinnahmen bezogen auf die Neumitglieder des Berichtsjahres liegen bei 1.764 TEuro und damit auf dem Niveau der vergleichbaren Beitragseinnahmen des Vorjahres (2016: 1.800 TEuro). Der durchschnittliche Beitrag der Mitglieder liegt im Jahr 2017 bei 980,60 Euro und damit deutlich oberhalb des Durchschnittsbeitrages des Vorberichtsjahres (2016: 945 Euro). Einen Überblick über die Entwicklung der Beiträge der letzten Jahre geben die Tabellen auf Seite 29 und Seite 30 dieses Geschäftsberichtes.

Insgesamt findet sich das Hauptvolumen der Beitragseinnahmen – wie in den Vorjahren – nahezu ausschließlich im klassischen Rententarif A der PKDW. Die Tarife B, G und V laufen weiterhin geplant aus. Der vor einigen Jahren neu gestaltete Tarif E wies zwar erneut attraktive wirtschaftliche Ergebnisse über die Jahre hinweg für die Versicherten aus, wird aber weiterhin kaum in Anspruch genommen. Wir halten den Tarif E unter anderem deshalb aufrecht, da in der Umsetzung des Betriebsrentenstärkungsgesetzes fondsgebundene Tarifprodukte besondere Berücksichtigung finden. Jedoch bereits ohne gesetzliche Neuregelung im Jahr 2017 erhöhte sich die Versichertenanzahl im Tarif E.

Im Hinblick auf die laufenden Beiträge besitzt der Tarif A einen Anteil von unverändert 99,9% des Gesamtbeitrages. Obgleich der Neuaufnahme vier neuer Mitgliedsunternehmen basieren der größere Anteil der Neuversichertenanzahl und die damit einhergehenden Beitragszahlungen auf den ehemals aufgenommenen Mitgliedsunternehmen. Hierbei wird wiederum deutlich, dass die Betriebliche Altersversorgung langfristig zu sehen ist und die Aufnahme neuer Unternehmen in der Regel erst nach einigen Jahren an Bedeutung für das Beitragswachstum in der PKDW gewinnt.

Von den derzeit 73.553 Mitgliedern wurden 70.392 Mitglieder (95,51%) seit dem 01.01.2000 aufgenommen. Dies stellt eindringlich das Bestands- und damit parallel laufend das Beitragswachstum im aktuellen Jahrhundert dar. Die branchenunabhängige Gewinnung von Neumitgliedern erweist sich aufgrund der heutigen Marktveränderungen als besonders wichtig.

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Entwicklung der laufenden und Einmalbeiträge in TEuro

Jahr	Laufende Beiträge		Einmalbeiträge	Gesamtbeiträge
	Firmenmitglieder	Einzelmitglieder		
2008	46.127	4.808	145	51.080
2009	47.027	5.010	252	52.289
2010	51.907	5.368	181	57.456
2011	57.039	5.363	292	62.694
2012	59.632	5.421	370	65.423
2013	61.210	5.710	175	67.095
2014	61.653	6.037	1.421	69.111
2015	61.172	5.997	149	67.318
2016	63.004	6.340	103	69.447
2017	65.465	6.638	169	72.272

II. Die positive Entwicklung im Versichertenbestand der PKDW

Die Anzahl der Neumitglieder im Jahr betrug 2.182. Diese positive Entwicklung war im Vorjahresbericht aufgrund des sich anbahnenden Betriebsrentenstärkungsgesetzes nicht abzu-sehen. Insgesamt führen nun vier neue Mitgliedsunternehmen ihre Betriebliche Altersversorgung in Zusammenarbeit mit der PKDW durch (2016: fünf neue Mitgliedsunternehmen). Natur-gemäß führt die Neuaufnahme der Mitglieder erst in den Fol-gejahren zur vollständigen Beitragsleistung.

Wiederum liegt die PKDW durch die Aufnahme der Neumit-glieder bei einer Gesamtzahl von über 90.000 Versicherten. Die genaue Anzahl beträgt 91.509 Versicherte am Jahresende 2017.

Die Verhältnisse von Mitgliedern und Rentnern am Gesamtbe-stand stabilisieren sich inklusive der Vorjahre bei ca. 81 %. Die Grafik auf Seite 15 stellt diese Entwicklung dar. Beginnend im Jahr 1998 mit einem Mitgliederanteil von 60,1 % stabilisiert sich auch im Berichtsjahr der Mitgliederanteil trotz einer großen Anzahl von Rentenübergängen in 2017 mit 1.305 Neurentnern

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Entwicklung der Durchschnitts-Beiträge und -Pensionen

Jahr	Laufende Beiträge		Pensionen	
	gesamt TEuro	je Aktiver Euro	gesamt TEuro	je Rentner Euro
2008	50.935	938	48.097	3.452
2009	52.037	917	50.443	3.530
2010	57.275	923	50.768	3.477
2011	62.402	950	50.918	3.427
2012	65.053	955	52.758	3.475
2013	66.920	962	55.523	3.449
2014	67.690	951	57.659	3.468
2015	67.169	941	58.569	3.513
2016	69.344	945	59.908	3.443
2017	72.103	980	62.446	3.478

(2016: 1.434 Neurentner) bei rund 80,4 %. Durch die weitere Inanspruchnahme der »Rente mit 63«, die vielen Mitgliedern einen früheren und ungekürzten Leistungsbezug in der gesetzlichen Rentenversicherung ermöglicht, werden weiterhin vorgezogene Rentenübergänge beobachtet.

III. Die Leistungen der PKDW

62.446 TEuro betragen die im Berichtsjahr geleisteten Renten und Kapitalleistungen in Summe. Dies entspricht einer Steigerung von 4,0 % gegenüber dem Jahr 2016 (60.058 TEuro). Der

Bestand der Rentenempfänger entwickelte sich von 17.398 auf 17.956 und erhöhte sich damit um 3,2 %.

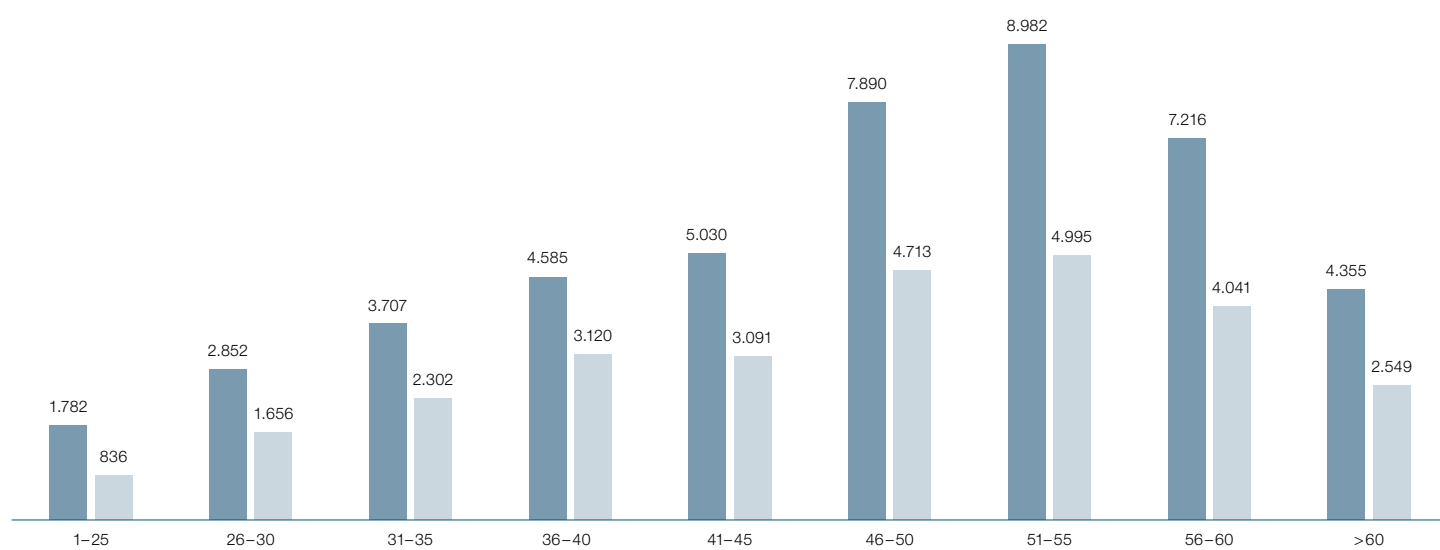
Die durchschnittlichen Jahresrenten der vergangenen zehn Jahre liegen im Bereich von 3.427 Euro bis 3.530 Euro. Die Durchschnittsrente im Jahr 2017 lag bei 3.478 Euro (2016: 3.443 Euro) und damit 1,0 % über dem Vorjahreswert.

Ungeachtet der Erhöhung der normalen Pensionsalter in der gesetzlichen Rentenversicherung nehmen die PKDW-Leistungsempfänger ihre Renten- und Kapitalleistungen

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

Altersstruktur der Anwärter – Anzahl der Männer und Frauen 2017

Altersbereich: ■ Männer: Ø 47,0 Jahre ■ Frauen: Ø 46,8 Jahre



überwiegend bis zum Alter 65 (normales Pensionsalter der PKDW-Tarife) in Anspruch. Dies ist insbesondere auch beeinflusst durch die »Rente mit 63«. Der Anteil derjenigen, die ihre Leistungen nach Alter 65 beziehen, liegt unter 25 Prozent. Die Leistungsbeginne verschieben sich kontinuierlich in die höheren Rentenbeginnalter.

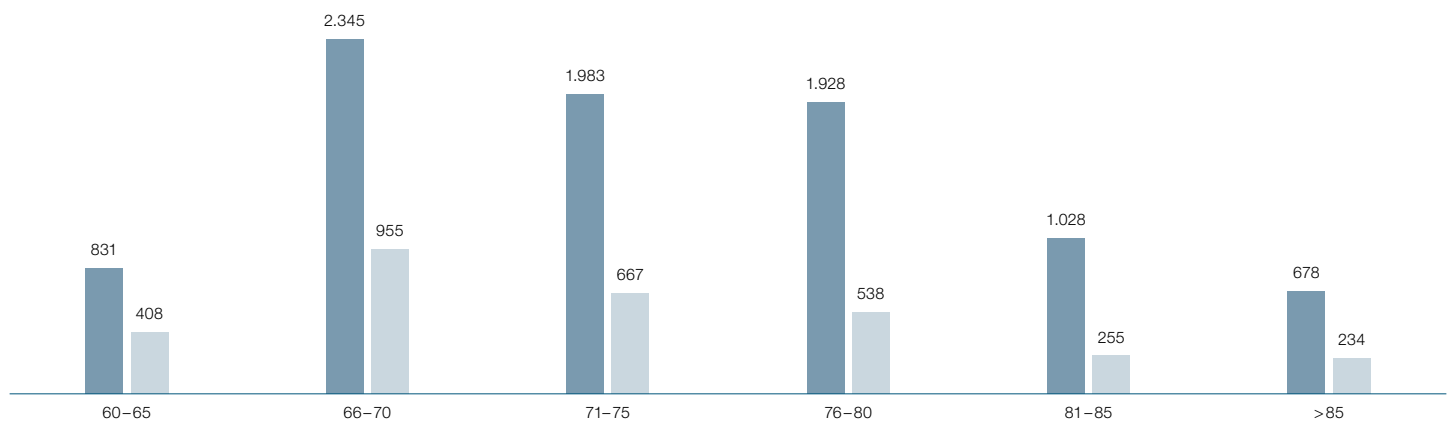
IV. Die Bestandsentwicklung

Wiederum unerwartet positiv – so könnte man insbesondere die Beitragsentwicklung und damit die Bestandsentwicklung des abgelaufenen Berichtsjahres beschreiben. Sowohl im Beitrags- als auch im Neumitgliederwachstum entwickelte sich der PKDW-Bestand positiver als prognostiziert.

Mitglieder, Beiträge und Leistungen

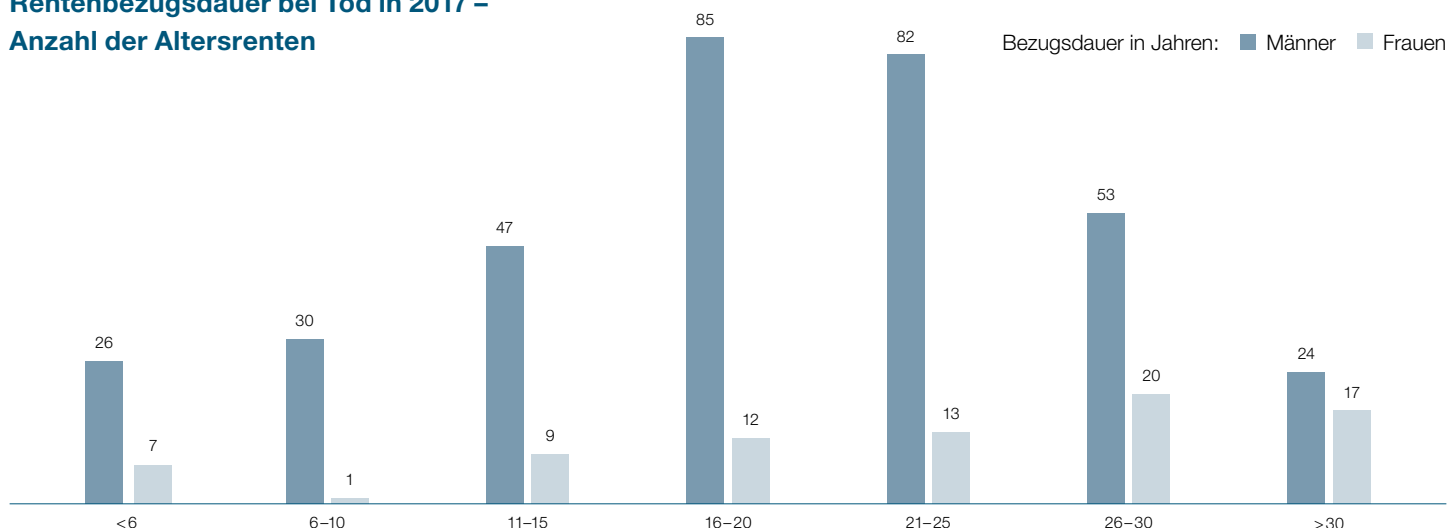
Altersstruktur der Altersrentner – Anzahl der Männer und Frauen 2017

Altersbereich: ■ Männer: Ø 74,3 Jahre ■ Frauen: Ø 73,1 Jahre



Rentenbezugsdauer bei Tod in 2017 – Anzahl der Altersrenten

Bezugsdauer in Jahren: ■ Männer ■ Frauen



Organe und Verwaltung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr blieb die Zusammensetzung der Organe der Pensionskasse unverändert.

In der Mitgliederversammlung 2017 haben wir den Trägerunternehmungen ein Produktkonzept für eine reine Beitragszusage nach dem Betriebsrentenstärkungsgesetz vorgestellt. Die Umsetzung dieser Zusage auf Betriebliche Altersversorgung setzt eine Einbindung der Tarifvertragsparteien in dieses Produkt voraus.

Die Mitarbeiterzahl der Pensionskasse ist im Jahr 2017 leicht angestiegen. Zum Jahreswechsel betrug die Zahl der bei der Pensionskasse beschäftigten Mitarbeiter 38 (Vj. 36). Wir erhöhen die Zahl unserer Beschäftigten seit geraumer Zeit, um uns dem steigenden regulatorischen Druck und dem wachsenden Geschäftsvolumen zu stellen. Auch die wachsende Anzahl höchstrichterlicher Entscheidungen zu Pensionskassenfragen erhöht unseren Mitarbeiterbedarf. Wiederholt hat sich das Bundesarbeitsgericht mit der Rentenanpassungsprüfungsverpflichtung – auch nach der neuen Gesetzeslage – bei unserer Gesellschaft beschäftigt.

Weiterhin weichen die Zahlen der durchschnittlichen Mitarbeiter und der Vollzeitmitarbeiter der Pensionskasse voneinander ab. Wir haben zum Jahresende 35 Mitarbeiter (Vj. 30 Mitarbeiter) in Vollzeit und 2 Mitarbeiter (Vj. 7 Mitarbeiter) in Teilzeit beschäftigt. Auch in 2018 wird sich der Mitarbeiteraufbau plangemäß fortsetzen.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Wir messen die Leistungen der Pensionskasse seit vielen Jahren im nicht-finanziellen Bereich am Verhältnis Mitarbeiter auf Vollzeitbasis zu Versicherten. Hier ergab sich – gerechnet ohne Vorstandsmitglieder – im Geschäftsjahr 2017 ein Verhältnis von 1 Mitarbeiter auf 2.773 Versicherte (Vj. 3.242). Obwohl dieser Leistungsindikator in den vergangenen beiden Jahren deutlich höher lag, hatten wir langfristig bereits eine weitere Abnahme der Relation erwartet. Diese Entwicklung beruht vornehmlich auf der Tatsache, dass der Mitarbeiteraufbau in der Pensionskasse hauptsächlich Vollzeitbeschäftigte beinhaltet. Zusätzlich ermitteln wir seit zwei Jahren die Cost-Income-Ratio, welche das Gesamtverhältnis der Aufwendungen in Relation zu den gesamten Erträgen (Rohüberschuss) beschreibt. Im abgelaufenen Jahr betrug diese 28,4 % (Vj. 21,6 %). Hierzu trugen Einmaleffekte im Bereich der Pensionsrückstellungen und der Abgrenzung von Rechtskosten bei.

Wirtschaftliche Lage / Jahresüberschuss

Im Geschäftsjahr 2017 erzielte die PKDW einen über den Erwartungen liegenden Jahresüberschuss.

In einem positiven Kapitalmarktumfeld konnte das Ergebnis durch Zusatzerträge deutlich verbessert werden. Im Bereich der Fondsmandate hat die PKDW trotz gestiegener Zinsen auf risikofreie Anleihen erhebliche Zusatzerträge generieren können. Die PKDW profitiert von verbesserten Bonitätseinschätzungen insbesondere bei Emerging Markets Anleihen und Anleihen von Finanzdienstleistungsunternehmen. Die gute Situation am inländischen Immobilienmarkt wurde zum Anlass genommen, zwei weitere Bestandsimmobilien in eine gruppeneigene Immobiliengesellschaft zu überführen. Zum einen kann die PKDW damit die tatsächliche Ertragskraft des Immobilienbereichs, die langfristig auch eine Wertsteigerungskomponente enthält, abbilden. Zum anderen wird die notwendig aperiodische Risikovorsorge im Zinsbereich durch das Ergebnis aus ebenfalls langfristigen Vermögensgegenständen ausgeglichen. Ein wesentlicher Anteil der unerwartet positiven Ergebnisentwicklung entfällt auf ein seit über zehn Jahren anhängiges Gerichtsverfahren gegen einen Bauträger. Es betrifft Immobilienankäufe in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Nach einem Urteil vom 07.12.2017 flossen der PKDW rund 5,5 Mio. Euro brutto zu. In mehreren Abschnitten realisierte die PKDW aus diesem Komplex zwischenzeitlich rund 10 Mio. Euro von knapp einer Handvoll Beteiligter. Den Bruttoerträgen stehen dabei jeweils Aufwendungen für Gerichts- und Anwaltskosten gegenüber, für die auch zum 31.12.2017 wieder ausreichend Risikovorsorge getroffen wurde. Gleiches gilt für die noch anhängigen Rechtstreitigkeiten in diesem Zusammenhang.

Insgesamt erzielte die PKDW durch ein anhaltend positives operatives Geschäft und die drei genannten zusätzlichen Ergebnisquellen einen Rohüberschuss in Höhe von 24,5 Mio. Euro. Mit diesem außergewöhnlich positiven Ergebnis kann zum einen die angestrebte Dotierung der Zinsschwankungsrückstellung in einer Höhe vorgenommen werden, die im Laufe des Jahres eine Umstellung des höchsten Rechnungszinses der Pensionskasse von 4 % auf 3 % ermöglicht. Weiterhin ist die PKDW in der Lage, die durch die massiven Zinszusatzrückstellungen in den letzten Jahren etwas reduzierte Solvabilität wieder durch Zuführung zur Verlustrücklage deutlich zu erhöhen.

Diese doppelte Risikovorsorge ist allerdings auch notwendig, denn trotz eines leichten Zinsanstiegs ist das absolute Zinsniveau immer noch für die in der Vergangenheit eingegangenen Verpflichtungen risikounverträglich niedrig.

So konnte die PKDW im Jahresverlauf ihre Mittel zu 1,73 % (Vorjahr 2,29 %) anlegen. Dies ist zwar deutlich besser als erwartet. Die Neuanlage findet allerdings zu einem deutlich niedrigeren Zinssatz statt als der durchschnittliche Bestandszins der Passivseite mit 3,32 % (Vj. 3,37 %). Zwar liegt die Verzinsung aus dem Bestand mit den leichten Veräußerungserlösen mit 4,11 % (4,27 %) noch deutlich oberhalb des passivseitigen Niveaus. Da dieses Abschmelzen auf der Passivseite allerdings deutlich langsamer stattfindet als der Rückgang auf der Aktivseite bei anhaltend niedrigem Zinsniveau, wird die Zinsumstellung benötigt, um Anlagemöglichkeiten und Verpflichtungsniveau in Einklang zu bringen.

Wirtschaftliche Lage / Jahresüberschuss

Nach der Umstellung der passivseitigen Zinsen wird der durchschnittliche Aufwand aus der Deckungsrückstellung auf aktuell 2,88 % sinken. In dieser Zahl sind Beiträge und Rentenleistungen des Jahres 2018 noch nicht enthalten.

Analysiert man das Jahresergebnis der PKDW in der versicherungsmathematischen Aufgliederung, so ergibt sich ohne Zuweisung zur Zinsschwankungsrückstellung (ZSR) ein Rohüberschuss von 24,5 Mio. Euro (Vj. 22,3 Mio. Euro). Beim Rohüberschuss erzielten wir damit im dritten Jahr in Folge einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Der Rohüberschuss (ohne Zinsschwankungsrückstellung) stammt mit 18,5 Mio. Euro (vorher 19,5 Mio. Euro) aus dem Kapitalanlageergebnis. Das Verwaltungskostenergebnis war demgegenüber das zweite Jahr in Folge rückläufig (0,7 Mio. Euro nach 1,0 Mio. Euro). Dagegen ist das Risikoergebnis wieder auf 1,8 Mio. Euro angestiegen (vorher 1,4 Mio. Euro). Im sonstigen Ergebnis von 3,4 Mio. Euro (vorher 0,5 Mio. Euro) findet sich das Ergebnis einer rechtlichen Auseinandersetzung wieder. Berücksichtigt man die Zuführung zur ZSR von 17,2 Mio. Euro, so ergibt sich für 2017 ein Kapitalanlageergebnis von 1,2 Mio. Euro (vorher -1,2 Mio. Euro). Der Rohüberschuss von 24,5 Mio. Euro (7,3 Mio. Euro abzüglich ZSR Dotierung) setzt sich bilanziell aus dem Jahresüberschuss von 6,7 Mio. Euro (vorher 1,1 Mio. Euro) und der Zuführung von Betragsrückerstattung mit 0,6 Mio. Euro (vorher 0,5 Mio. Euro) zusammen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren konnten damit alle drei betriebswirtschaftlichen Ergebnisgruppen in angemessener Weise zum Jahresüberschuss beitragen. Mittelfristig gilt es, das Verwaltungskostenergebnis, das im Wesentlichen aus den Beitragszahlungen gespeist wird, im Auge zu behalten.

Auf der Mitgliederversammlung im Juni 2018 wird zu entscheiden sein, ob auf der Passivseite ein weiterer Schritt in Richtung Vereinbarkeit von aktiv- und passivseitiger Anforderungen notwendig ist. Hierzu läge es auf der Hand, wie es von vielen Versorgungseinrichtungen durchgeführt wurde, den Rechnungszins der über 0,9 % liegenden Tarife für zukünftige Beiträge abzusenken. Hier wird in näherer Zukunft eine Entscheidung zu treffen sein.

Wirtschaftliche Lage / Jahresüberschuss

Zielerreichung

Die in der Prognoseberichterstattung im Geschäftsbericht 2016 erwarteten Entwicklungen sind eingetreten. Die Beibehaltung des extrem niedrigen Zinsniveaus war ebenso zu beobachten wie die Einführung des neuen Betriebsrentenrechts.

Die deutliche Überschreitung des erwartenden Jahresergebnisses gegenüber der Prognose ist auf die Vereinnahmung von 5,5 Mio. Euro brutto Ergebnis der rechtlichen Auseinandersetzungen mit einem Bauträger und der Realisation von Immobilienerträgen durch Einbringung von zwei Grundstücken in eine gruppeneigene Immobiliengesellschaft zurückzuführen. Weiterhin haben wir aufgrund der guten Entwicklung zusätzliche 5,3 Mio. Euro aus unseren Spezialfonds ausgeschüttet.

Mit gutem Ergebnis hat die PKDW das Beitrags- und Mitgliederwachstum abgeschlossen. Bei den Beiträgen lag die PKDW über, bei den Mitgliedern leicht unter den Erwartungen. Der prognostizierte Zinsrückgang in den Direktbeständen konnte durch etwas höher als erwartet realisierte Neuanlagen (1,73 % statt 1,27 %) leicht abgebaut werden.

Prognoseberichterstattung und Ausblick

Im laufenden Geschäftsjahr 2018 rechnet die PKDW wiederum mit einem Abschmelzen der Zinserträge aus der Direktanlage und nach mehreren guten Kapitalanlagenjahren mit einer Seitwärtsentwicklung der Erträge aus Fonds und Immobilien. Auch wenn in Europa im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten von Amerika nicht mit laufenden Zinserhöhungen durch die Zentralbank zu rechnen ist, geht die PKDW im Jahresverlauf dennoch von einem leichten Zinsanstieg aus. Die Bewertungsreserven auf den festverzinslichen Papieren werden daher zum Jahresende 2018 – schon aufgrund des zeitlichen Ablaufs – niedriger ausfallen als zum Beginn des Geschäftsjahres.

Im Bereich des Neuzugangs an Trägerunternehmen und Mitgliedern rechnet die PKDW im laufenden Geschäftsjahr aufgrund des Betriebsrentenstärkungsgesetzes mit einem Anstieg des Neugeschäfts. Ebenso ist bei den Beiträgen aufgrund gestiegener steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten mit einem Anstieg zu rechnen.

Die PKDW geht, sowohl was den Jahresüberschuss als auch den Rohüberschuss betrifft, für 2018 von einer Normalisierung gegenüber den sehr hohen Ergebnissen der vergangenen beiden Jahre aus.

Chancen- und Risikobericht

Zusammenfassung

Insbesondere das weiterhin sehr niedrige Niveau der Renditen verschärfte im vergangenen Jahr die Risikolage der PKDW. Dies gilt vor allem mittel- und langfristig, da auslaufende Papiere mit Zinssätzen oberhalb der passivseitigen Anforderung nur schwer oder gar nicht mehr adäquat ersetzt werden können. Weiterhin wurden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die Tendenz zur Langlebigkeit sowie die Rechtsprechung in der BAV verstärkt beobachtet.

Tiefe Anlagezinsen, Kursschwankungen an den Aktienmärkten

Für das wichtigste Anlagesegment der PKDW, die Investition in Zinsträger, gestaltete sich die Neuanlage, wie in den Jahren zuvor auch, herausfordernd. Im Jahr 2017 war das Marktzinsniveau weiterhin niedrig. Bei den Bundestiteln mit zehnjähriger Laufzeit stiegen die Zinsen am Ende des Jahres auf 0,43 % (2016: 0,22 %) leicht an. Die Rendite für risikofreie Anlagen lag zum Jahresende im kurzen Laufzeitenbereich weiterhin unter Null Prozent.

Im Jahr 2017 behielt die EZB ihren expansiven geldpolitischen Kurs bei. Sie beließ den Leitzins bei Null Prozent, auch das Anleihaufkaufprogramm wurde verlängert. Somit blieben im Euroraum die Liquidität hoch und die Zinsen niedrig. Die US-Notenbank Fed erhöhte dagegen im Jahr 2017 drei Mal den Leitzins in den USA. Im Dezember hob sie den Leitzins um 25 Basispunkte auf die Spanne von 1,25 bis 1,5 Prozent an.

Der deutsche Aktienmarkt entwickelte sich im Jahr 2017 außerordentlich positiv. Politische Unsicherheiten wie der Brexit, Wahlen in den Niederlanden und Deutschland sowie Spannungen mit Nordkorea oder in Katalonien wirkten sich kaum merkbar aus. Die Aktienkurse waren Ende 2017 auf einem historisch sehr hohen Niveau. Die Rekordstände von mehr als 13.000 Punkte konnte der Deutsche Aktienindex DAX zwar nicht bis zum letzten Handelstag halten, verzeichnete aber am Ende des Jahres einen Kursgewinn von 12,5 %. Die wesentlichen Treiber der Aktienkurse waren die Geldpolitik der Zentralbanken sowie der Aufschwung in der Weltwirtschaft, der Gewinne der Unternehmen steigen ließ.

Das Risiko tiefer Zinsen hat die PKDW auf der Aktivseite weiterhin dadurch gesteuert, indem in der Kapitalanlage z.B. durch Verzicht auf Liquidität vermehrt langfristige Papiere zur Erhöhung der Rendite eingekauft wurden. Ein weiteres Mittel der Gegensteuerung in 2017 war die Diversifikation – Investition in alternative Anlagen. Die PKDW investiert dabei zu einem geringeren Teil in Aktien und i.d.R. nicht in Einzeltitel, sondern in Fonds.

Auf der Passivseite begegnet die PKDW dem Risiko tiefer Zinsen bereits seit 2012 durch die Bildung von Zinsschwankungsrückstellungen. Zum Jahresende 2017 wurde ein Rohüberschuss in Höhe von 24,5 Mio. Euro festgestellt. Die Dotierung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgt in Höhe von 0,6 Mio. Euro. 6,7 Mio. Euro des Rohüberschusses fließen in die Verlustrücklage ein, der Rest wird zur Erhöhung der Zinsschwankungsrückstellung verwendet.

Chancen- und Risikobericht

Planmäßig reicht die Zinsschwankungsrückstellung Ende 2018 aus, um den Rechnungszins der 4 %-Tarife dauerhaft auf 3 % abzusenken.

Regulatorische Anforderungen an Pensionskassen

Mit dem Inkrafttreten des neuen Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) am 01. Januar 2016 und der damit verbundenen Umsetzung der Solvency-II-Richtlinie entfällt die bisherige Rechtsgrundlage für die MaRisk VA. Die bisherigen Vorschriften der MaRisk VA werden zum Teil durch das neue VAG abgelöst.

Nach Aussage der BaFin sind auch nach offiziellem Wegfall der MaRisk VA künftige Vorschriften mindestens auf dem bisherigen Niveau der MaRisk VA anzuwenden. Eine Veröffentlichung neuer Vorschriften ist auch in 2017 noch nicht erfolgt. Intern hält die PKDW daher am bestehenden Risikomanagement fest.

Rechtliches zur BAV

Im rechtlichen Rahmenumfeld waren die Themen »Leistungsherabsetzung« und »Anpassungsprüfung« für das Geschäftsmodell der PKDW wie auch schon im Vorjahr von besonderer Relevanz.

Der Ruhegeldsenat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) befasste sich erstmals am 30.09.2014 mit der rechtlichen Bewertung der Regelung zum Entfallen der Anpassungsprüfungspflicht des Arbeitgebers bei einer Pensionskassen- bzw. Direktver-

sicherungsrente gemäß § 16 Abs. 3 Ziffer 2 BetrAVG. Das BAG vertrat insoweit zunächst die Auffassung, der Anwendungsbereich sei auf Zusagen ab Inkrafttreten der Deckungsrückstellungsverordnung am 16.05.1996 begrenzt und stützte sich hierbei auf den vermeintlichen Willen des Gesetzgebers bei Erlass der Norm. Bereits am 21.12.2015 stellte der Gesetzgeber anlässlich der Ausführungen des BAG klar, dass aus seiner Sicht die Norm fehlerhaft bewertet worden sei und erließ infolgedessen eine klarstellende Anpassung im Rahmen der Gesetzesnovelle zur Mobilitätsrichtlinie. Nachdem das BAG am 13.12.2016 unter wiederholter Bezugnahme auf den gesetzgeberischen Willen nunmehr die Ansicht vertrat, die neue Gesetzeslage entfalte nur Wirkung für Anpassungsstichtage ab 01.01.2016, während für vorherige Anpassungsstichtage die alte Rechtslage gelte, stellte der Gesetzgeber im Rahmen der Einführung des BRSG in § 30c Abs. 1a BetrAVG eindeutig klar, dass § 16 Abs. 3 Ziffer 2 BetrAVG auch für Anpassungszeiträume gilt, die vor dem 01.01.2016 liegen.

Darüber hinaus veröffentlichte das Bundesministerium für Finanzen (BMF) zuletzt am 06.12.2017 (Geschäftszeichen: IV C 5 – S 2333/17/10002) eine Verwaltungsanweisung, in der im Zusammenhang mit den Voraussetzungen der steuerlichen Förderung nach § 3 Nr. 63 EStG ohne nähere Begründung ausgeführt wird, dass steuerfrei im Sinne der Vorschrift Beiträge seien, die »vom Arbeitgeber als Versicherungsnehmer [...] selbst geschuldet und an die Versorgungseinrichtung geleistet werden«. Weiter heißt es, dass dazu u. a. insbesondere die »mittels Entgeltumwandlung finanzierten Beiträge« gehören. Wie bei den regulierten Pensionskassen in der Rechtsform eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit bran-

Chancen- und Risikobericht

chenabhängig üblich, sind nach der Satzung der PKDW die jeweiligen Arbeitnehmer, die von ihren Arbeitgebern angemeldet wurden, Mitglieder und Versicherungsnehmer. Der Arbeitgeber ist gemäß der Allgemeinen Versicherungsbedingungen hingegen zur Entrichtung der Beiträge an die PKDW verpflichtet, ohne selbst Mitglied oder Versicherungsnehmer zu sein. Beitragspflicht und Versicherungsnehmereigenschaft fallen nach dem Geschäftsmodell der PKDW mithin auseinander. Die PKDW ist insbesondere unter Berücksichtigung der Gesetzesbegründung und von Sinn und Zweck der Norm davon überzeugt, dass für die Anwendung des § 3 Nr. 63 EStG allein die originäre Beitragspflicht des Arbeitgebers gegenüber der Pensionskasse maßgeblich sein und es auf die formale Frage nach der Versicherungsnehmereigenschaft nicht ankommen kann. Gleichwohl wird das Risiko einer hiervon abweichenden Rechtsansicht der Finanzbehörden seitens der PKDW beobachtet und eng überwacht. Das BMF stellte darüber hinaus eine positive Stellungnahme in Aussicht.

Langlebigkeit

Seit einigen Jahren ist insbesondere im Bestand der männlichen Rentner eine Tendenz zu einer längeren Lebenserwartung zu beobachten. Die PKDW prüft die Verstärkung der biometrischen Rechnungsgrundlagen der Alttarife, in welchen die Sterblichkeitserwartungen nicht so vorsichtig kalkuliert sind wie in den Neutarifen.

Risikomanagement in der PKDW

Zum Risikomanagementprozess in der PKDW und den Risiken stellen wir nachfolgend im Wesentlichen Auszüge bzw. Zusammenfassungen aus unserem Risikobericht 2017 gemäß § 26 Abs.1 Satz 1 und 2 VAG dar.

Ziele des Risikomanagements:

- I. die Überprüfung und Gewährleistung des Erreichens der auf Seite 2 dieses Geschäftsberichtes genannten Unternehmensziele sowie der in der Geschäftsstrategie und Risikostrategie beschriebenen Ziele;
- II. die Gewährleistung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen;
- III. die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems sowie der Risikokultur der PKDW unter Berücksichtigung der aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

In den letzten Jahren hat die PKDW unter Berücksichtigung der damals gültigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach § 26 VAG sowie des BaFin-Rundschreibens 3/2009 (MaRisk VA) das Risikomanagementsystem weiterentwickelt.

Chancen- und Risikobericht

Die wesentlichen Punkte im Risikomanagementsystem:

- > Nutzung eines Risikotragfähigkeitskonzeptes (RTF),
- > regelmäßige Risikoüberwachung und -bewertung; Verwendung geeigneter Bewertungs- und Steuerungsmethoden,
- > hohe Transparenz des Risikomanagementsystems.

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist eines der zentralen Elemente des Risikomanagementsystems. Es zeichnet sich dadurch aus, dass alle wesentlichen Risiken mit Risikodeckungsmasse unterlegt werden.

Komponenten der Risikodeckungsmasse sind Teile des Eigenkapitals, der stillen Reserven sowie des erwarteten Ergebnisses des Geschäftsjahres. Auf der Risikoseite werden wesentliche Risiken identifiziert, klassifiziert und über eine Value at Risk Betrachtung quantifiziert. Dabei werden aufsichtsrechtliche Vorgaben berücksichtigt.

Der Value at Risk wird als Risikomaß für den maximalen Verlust definiert, der innerhalb eines bestimmten Zeitraums mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Für den Fall einer Überschreitung wird zusätzlich der Conditional Value at Risk berechnet.

Die PKDW berechnet den Value at Risk für die Wahrscheinlichkeit von 97,5 % und einen Betrachtungszeitraum von einem Jahr. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe einer Monte-Carlo-Si-

mulation unter Berücksichtigung der historischen Marktpreise und aktuellen Zinsprognose.

Für die klassifizierten Risiken wird regelmäßig der Value at Risk berechnet und der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Der Wert des Value at Risk darf die Risikodeckungsmasse nicht übersteigen.

Risiken werden in der PKDW entweder ad-hoc oder im Rahmen von halbjährlichen Risikoinventuren gemeldet. Die Steuerung von Risiken erfordert auf das Unternehmen abgestellte Bewertungs- und Steuerungsmethoden. In den vergangenen Jahren hat die PKDW z.B. tiefe Anlagezinsen als das größte langfristige Risiko der Aktivseite ausgemacht. Zur Steuerung dieses Risikos wurde ein bestehendes internes Modell durch ein erweitertes Modell im Controlling ersetzt. Seit Ende 2014 liefert dieses Modell weitergehende Informationen über das langjährige Zinsrisiko.

Die PKDW erreicht eine hohe Transparenz des Risikomanagementsystems dadurch, dass alle wesentlichen risikorelevanten Dokumente im Rahmen eines elektronischen Risikohandbuchs allen Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden.

Einen Überblick über die Risiken, denen die PKDW ausgesetzt ist, gibt die nachfolgende Aufstellung, bei deren Darstellung sich an der Wertschöpfungskette orientiert wurde:

Chancen- und Risikobericht

1. Beratung von Kassenfirmen

Als Hauptrisiko wird das Ausbleiben von Neugeschäft identifiziert.

Dafür sind vor allem Reputationsrisiken sowie strategische Risiken verantwortlich. Gemessen wird das Risiko u. a. an der monatlich geführten Neumitgliederstatistik.

2. Anmeldung von Mitgliedern durch Kassenfirmen

Das Hauptrisiko ist die Verletzung vertraglicher Nebenpflichten und eine fehlerhafte Kalkulation.

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um versicherungstechnische und operationelle Risiken. Steuerungsinstrumente sind die Allgemeinen Versicherungsbedingungen, Tarifbedingungen, Satzung und die Technischen Geschäftspläne.

3. Abwicklung/Organisation

Hier ist die technische und wirtschaftliche Verfehlung der Technischen Geschäftspläne gemeint.

Dabei handelt es sich vor allem um operationelle und versicherungstechnische Risiken. Gemessen wird das Risiko im Wesentlichen über das versicherungsmathematische Gutachten. Ziel ist die Generierung eines Überschusses aus Biometrie und Verwaltungskosten.

4. Kapitalanlage

Die PKDW legt die ihr anvertrauten Gelder im Wesentlichen in den Bereichen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien/Beteiligungen und Immobilien an. Basiswährung unserer Anlagen ist der Euro.

Die Geschäftspolitik der PKDW ist unverändert darauf ausgerichtet, die tarifgemäße Verzinsung durch langfristig stabile Ergebnisquellen abzusichern.

Im Bereich der Kapitalanlage steht das Verfehlen aufsichtsrechtlicher, bilanzieller und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Vordergrund.

Hauptrisiken nach MaRisk sind das Marktrisiko, das Kreditrisiko sowie das Konzentrationsrisiko. Die Strategie ist die Erzielung aufsichtsrechtlicher, bilanzieller und wirtschaftlicher Reserven über eine angemessene Kapitalanlagestrategie, die durch die ALM-Studie oder externe Beratung begleitet wird.

Im Anschluss wird über die Risiken in den einzelnen Assetklassen berichtet:

Festverzinsliche Wertpapiere

Vor allem durch festverzinsliche Wertpapiere erzielt die PKDW die gewünschte Ertragsstabilität. Aus diesem Grund wurden in diesem Bereich in 2017 gut 82,5% der Kapitalanlagen angelegt. Die Durchschnittsverzinsung im Direktbestand (ohne ABS) ist gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig (3,8% nach 3,91%). Damit liegt die PKDW weiterhin oberhalb der passiv-

Chancen- und Risikobericht

seitigen Anforderung. Bei Wiederanlagerenditen auf aktuellem Niveau wird die Durchschnittsverzinsung der Aktivseite weiter sinken. Es besteht das Risiko, dass sich diese beiden Zinskurven langfristig schneiden.

Zins- oder Tilgungsausfälle bei den Schuldern im Direktbestand konnte die PKDW im Jahr 2017 nicht verzeichnen. Durch die Verschärfung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen durch das Bankenrestrukturierungsgesetz bzw. das Gesetz zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings (CRA III) gewinnt die Prüfung des Kreditrisikos aber weiter an Bedeutung.

Unverändert investiert die PKDW den größten Teil ihres Anlageportfolios in Anleihen von deutschen bzw. europäischen Kreditinstituten mit sehr guter oder guter Bonität.

Dabei wird Wert auf Systemrelevanz, separate Sicherheiten und/oder Deckung durch Einlagensicherungssysteme gelegt.

Das Durchschnittsrating lag im Rentendirektbestand zum Jahresende 2017 wie im Vorjahr bei A+. Ca. 98,3 % (Vj. 97,9 %) der Kapitalanlagen im Rentendirektbestand haben ein Investmentgrade-Rating.

Risiken durch steigende Zinsen haben für die PKDW aufgrund der langfristigen Verpflichtungen primär bilanziellen Charakter. Diese bilanziellen Risiken werden weiterhin durch eine starke Betonung des Direktbestandes gesteuert. Darüber hinaus verändert die PKDW die Mittelbindungsfristen, um auf Zinsänderungen zu reagieren. Für die festverzinslichen

Papiere des Direktbestandes ist eine Durations-Bandbreite festgelegt.

Dem Konzentrationsrisiko begegnet die PKDW durch Limitobergrenzen auf Schuldner- und Konzernebene. Die Limite liegen unterhalb der aufsichtsrechtlich möglichen Quoten. Das Portfolio wird als sehr breit gestreut angesehen. Eine ebenso breite Streuung wird auf Länderebene und bei Emittentengruppen praktiziert.

Aktien und Beteiligungen

Angesichts der bilanziellen und wirtschaftlichen Risiken geht die PKDW Aktienanlagen nur innerhalb von festgelegten, der BaFin gemeldeten Quoten ein. Diese Anlagekategorie wird von Banken und spezialisierten Wertpapierhäusern im Wesentlichen im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwaltet. Hier ist die PKDW in den Anlageausschüssen dieser Fonds vertreten und steuert hierüber auch die Risikosituation.

Im vergangenen Jahr wurde der Anteil an Private Equity Beteiligungen und ABS leicht erhöht. Während in den ersten Jahren der Investition in diese Assetklasse aus Diversifikationsgründen vorwiegend Dachfonds erworben wurden, setzt die PKDW aktuell – auch aus Kostengründen – stärker auf die Zeichnung von Zielfonds. Dabei wird über verschiedene Anlageschwerpunkte gestreut. Eine zeitliche Diversifikation wird durch das kontinuierliche Zeichnen neuer Fonds erreicht. Die genannten Maßnahmen senken die Volatilität des Private Equity Gesamtengagements.

Chancen- und Risikobericht

In Jahr 2017 wurde die Aktienquote ebenfalls leicht erhöht.

Immobilien

Bei Immobilien bestehen unter Risikogesichtspunkten insbesondere Vermietungs- und langfristige Ergebnisrisiken. Beide Risiken werden durch laufende Überwachung der Immobilienanlagen aktiv gesteuert. Die Vermietungsrisiken werden insbesondere durch eine sorgfältige Auswahl der Mieter (z.B. durch Einholung von Bonitätsauskünften) sowie ein zeitnahes, standardisiertes Mahnwesen reduziert.

Die im Immobilienmarkt vorhandenen Risiken beobachtet die PKDW weiterhin sorgfältig und bilden bei Überschreiten von bestimmten Risikowerten zusätzliche Wertberichtigungen.

Das langfristige Ergebnisrisiko der Immobilienanlage wird durch eine zeitliche und nutzungsorientierte (aktueller Schwerpunkt bei Wohnimmobilien) Streuung von Immobilienengagements und eine laufende Ergebniskontrolle gesteuert.

5. Leistungseintritt

Hauptrisiko ist, dass die Leistungen nicht erbracht werden können, weil Mittel nicht verfügbar sind (Liquiditätsrisiko). Im Rahmen des Liquiditätsrisikos nach MaRisk VA wird geprüft, ob auf Sicht eines Jahres ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen, um die Zahlungsausgänge des Jahres abzudecken. Das Liquiditätsrisiko spielt aktuell aufgrund der guten Beitragsentwicklung eine untergeordnete Rolle.

6. Rentenphase

Gemeint sind Risiken aus betriebsrenten- oder sozialversicherungsrechtlichen Normen zur Höhe und Zusammensetzung der Rentenleistungen sowie Risiken der Biometrie.

Dabei steht das Langlebighkeitsrisiko als versicherungstechnisches Risiko im Mittelpunkt. Die PKDW beschäftigt sich mit der Verstärkung der biometrischen Rechnungsgrundlagen.

Neben den bereits genannten versicherungstechnischen Risiken spielen in der PKDW rechtliche Risiken, insbesondere aus Leistungsherabsetzung und Rentenanpassungsprüfungsverpflichtung der Arbeitgeber eine z.T. wesentliche indirekte Rolle für die künftigen Beitragseinnahmen. Eine unmittelbare Betroffenheit der PKDW besteht nicht.

Ausblick und Chancen

Die in der Zusammenfassung genannten Risiken werden die PKDW weiter begleiten.

Der Aufschwung in der Weltwirtschaft verläuft so breit fundiert wie selten. Er vollzieht sich in den Industrieländern ebenso wie in den Emerging Markets. Nach Experteneinschätzung wird sich das auch in 2018 fortsetzen. Bei den Rentenmärkten ist damit zu rechnen, dass die Zinsstruktur insgesamt steiler wird. Darüber hinaus ist insgesamt eine leichte Zinssteigerung zu erwarten. Dies wird in der Regel zu Kursverlusten führen, die bei einer moderaten Zinssteigerung im Portfolio der PKDW aber nicht sehr hoch ausfallen sollten.

Chancen- und Risikobericht

Die deutsche Wirtschaft profitierte 2017 von dem kräftigen weltweiten Aufschwung. Die bessere Konjunktur der letzten Quartale hat neue Spielräume für die Finanzpolitik geschaffen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 2017 bereits das achte Jahr in Folge. Eine wichtige Stütze war dabei auch der private Konsum, der wiederum von Rekordbeschäftigung und steigenden Reallöhnen profitierte. Die Inflationsrate stieg im Jahr 2017 um 1,8% an.

Risiken gehen unverändert von politischen Ereignissen aus. Neben der US-Handelspolitik beeinflussen insbesondere geopolitische Anspannungen in Südostasien und dem arabischen Raum die Kapitalmärkte.

Trotz guter Voraussetzungen dürfte es dennoch in diesem Tempo nicht weitergehen. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar ist gestiegen, so dass die Exporte aus Deutschland verteuert werden. In der chinesischen Wirtschaft, die sich bislang robust gezeigt hat, ist die Verlangsamung des Wachstums zu beobachten. Mögliche Auswirkung auf die deutsche Wirtschaft können dabei rückläufige Exporterwartungen sein. Nachlassende Auslandsnachfrage könnte hierzulande die Konjunktur bremsen. Besonders im Falle eines Zinsanstiegs sind auch Kurskorrekturen an den Aktien und Immobilienmärkten nicht auszuschließen.

In 2017 wurde das Betriebsrentenstärkungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz soll die Betriebliche Altersversorgung stärken, insbesondere sollen Anreize für kleinere Einkommen geschaffen werden. Ein Risiko besteht darin, dass die Tarifvertragsparteien sich gegen die PKDW als Durchführungsweg entscheiden. Aber auch die mit dem Garantieverbot verbundenen gesetzlichen Vorgaben können eine Herausforderung für die Kapitalanlage darstellen. Hingegen sieht die PKDW in dem Betriebsrentenstärkungsgesetz auch eine Chance mit einem attraktiven Zielrentenprodukt Marktanteile zu gewinnen. Weiterhin ist es wahrscheinlich, dass die geänderten steuerlichen Rahmenbedingungen auch im Bestand zu einem kleinen Beitragswachstum führen.

Länderrisiken bei festverzinslichen Wertpapieren (Direktbestand und Spezialfonds)

Emittent	Länder		davon Staatsanleihen	
	Buchwerte in Euro	Buchwert in % der Kapitalanlagen	Buchwerte in Euro	Buchwert in % der Kapitalanlagen
Bundesrepublik Deutschland	530.114.678	28,97%	17.196.491	0,94%
Frankreich	102.670.904	5,61%	20.294.600	1,11%
Niederlande	101.924.945	5,57%	1.184.895	0,06%
Großbritannien und Nordirland	86.223.945	4,71%	0	0,00%
USA (einschl. Puerto Rico)	77.162.796	4,22%	2.300.954	0,13%
Österreich	70.230.580	3,84%	0	0,00%
Irland	54.126.847	2,96%	7.470.678	0,41%
Italien	54.044.574	2,95%	28.827.486	1,58%
Spanien	51.198.804	2,80%	35.453.535	1,94%
Norwegen	31.170.630	1,70%	6.151.841	0,34%
Mexiko	26.182.262	1,43%	13.973.720	0,76%
Luxemburg	22.002.812	1,20%	0	0,00%
Belgien	19.796.751	1,08%	17.644.022	0,96%
Schweden	18.510.178	1,01%	0	0,00%
Polen	11.707.691	0,64%	11.210.600	0,61%
China	9.431.910	0,52%	1.231.727	0,07%
Slowenien	9.407.627	0,51%	9.407.627	0,51%
Australien	9.368.773	0,51%	976.823	0,05%
Indonesien	7.963.681	0,44%	4.411.159	0,24%
Dänemark	7.366.972	0,40%	0	0,00%
Portugal	6.371.000	0,35%	3.171.000	0,17%
Honduras	5.700.000	0,31%	0	0,00%
Bermuda	4.881.000	0,27%	0	0,00%
Türkei	4.871.477	0,27%	736.103	0,04%
Kolumbien	4.186.702	0,23%	3.100.741	0,17%
Russland	3.824.279	0,21%	0	0,00%
Ungarn	3.674.575	0,20%	3.483.748	0,19%
Schweiz	3.628.663	0,20%	0	0,00%
Vereinigte Arabische Emirate	3.364.016	0,18%	0	0,00%
Hongkong (Hisiangkang, Xianggang)	3.221.380	0,18%	0	0,00%
Malta	3.168.360	0,17%	3.168.360	0,17%
Guernsey	3.120.742	0,17%	0	0,00%
Slowakei	3.069.154	0,17%	3.069.154	0,17%
Kasachstan	2.854.852	0,16%	692.920	0,04%
Brasilien	2.669.859	0,15%	1.677.199	0,09%
Israel	2.656.963	0,15%	0	0,00%
Zypern	2.489.773	0,14%	2.489.773	0,14%
Chile	2.376.697	0,13%	0	0,00%
Tschechien	2.191.997	0,12%	0	0,00%
Philippinen	2.189.101	0,12%	1.521.596	0,08%
Jersey	2.185.894	0,12%	0	0,00%
Katar	1.991.517	0,11%	927.020	0,05%
Uruguay	1.988.677	0,11%	1.988.677	0,11%
Panama	1.875.830	0,10%	1.875.830	0,10%
Argentinien	1.637.645	0,09%	878.840	0,05%
Britische Jungfern-Inseln	1.575.473	0,09%	0	0,00%
Finnland	1.451.340	0,08%	261.288	0,01%
Japan	1.305.223	0,07%	0	0,00%
Malaysia	1.205.090	0,07%	0	0,00%
Indien	1.153.336	0,06%	704.434	0,04%
Kalmaninseln	1.122.363	0,06%	0	0,00%
Übrige Int. Organisationen	1.066.275	0,06%	0	0,00%
Kuweit	1.035.714	0,06%	1.035.714	0,06%
Kanada	992.660	0,05%	992.660	0,05%
Rumänien	957.687	0,05%	758.804	0,04%
Insel Man	823.664	0,05%	0	0,00%
Serbien und Kosovo	758.065	0,04%	758.065	0,04%
Litauen	556.675	0,03%	556.675	0,03%
Peru	516.733	0,03%	338.163	0,02%
Saudi-Arabien	506.820	0,03%	506.820	0,03%
Lettland	478.750	0,03%	478.750	0,03%
Marokko	409.357	0,02%	409.357	0,02%
Republik Südafrika	371.894	0,02%	371.894	0,02%
Kroatien	296.708	0,02%	296.708	0,02%
Bahamas	255.236	0,01%	255.236	0,01%
Canada	199.944	0,01%	0	0,00%
Kenia	192.594	0,01%	192.594	0,01%
Paraguay	185.174	0,01%	185.174	0,01%
Dominikanische Republik	98.488	0,01%	98.488	0,01%

**Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)
im Geschäftsjahr 2017**

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²⁾	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²⁾		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Euro	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	46.178	27.195	9.811	3.524	47.776.340	3.749	173	141	7.791.196	286.914	75.216
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	1.367	815	689	302	3.105.314	240	16	37	532.489	38.578	18.735
2. sonstiger Zugang ¹⁾	1	5		1	1.052						
3. gesamter Zugang	1.368	820	689	303	3.106.366	240	16	37	532.489	38.578	18.735
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	101	29	358	96	1.553.632	223	4		389.963	6.066	
2. Beginn der Altersrente	1.097	697	–	–	–	–	–	–	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	26	20	–	–	–	–	–	–	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	7	7	2.124	2		17	3.101		9.956
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	19	6									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen			–	–	–	–	–	–	–	–	–
7. sonstiger Abgang	10	3	5	1	382.262	3	4		81.196	3.487	800
8. gesamter Abgang	1.253	755	370	104	1.938.018	228	8	17	474.260	9.553	10.756
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	46.293	27.260	10.130	3.723	48.944.688	3.761	181	161	7.849.425	315.939	83.195
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	10.931	8.762									
2. in Rückdeckung gegeben											

¹⁾ z. B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Jahresabschluss 2017

Bilanz zum 31. Dezember 2017

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

Anhang

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
 vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG, 47051 Duisburg
 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

AKTIVA				31.12.2017	31.12.2016
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				533.372,13	658.694,38
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			116.844.817,08		109.904.839,40
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		43.301.766,74			31.681.766,74
2. Beteiligungen		<u>75.990.806,13</u>	119.292.572,87		65.989.355,67
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			378.540.130,69		348.461.883,83
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			552.957.998,52		509.501.625,70
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	541.904.408,13				497.394.217,74
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>120.116.313,48</u>	662.020.721,61			196.168.711,25
4. Einlagen bei Kreditinstituten			0,00	1.829.656.240,77	0,00
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				420.993,34	394.245,74
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer			4.619.993,59		4.811.429,27
II. Sonstige Forderungen			<u>11.567.441,19</u>	16.187.434,78	5.236.535,00
davon:					
an verbundene Unternehmen:		1.231.785,97 Euro			(907.852,19)
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:	0,00 Euro				(0,00)
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			348.310,98		280.587,70
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			<u>20.674.678,94</u>	21.022.989,92	11.056.204,19
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
Abgegrenzte Zinsen und Mieten			14.945.424,43		16.126.018,33
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			109.379,39	15.054.803,82	88.722,91
Summe der Aktiva				<u>1.882.875.834,76</u>	<u>1.797.754.837,85</u>

Ich bestätige hiermit gemäß § 128 VAG, dass die in den Vermögensverzeichnissen aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Gelsenkirchen, 9. März 2018
 Der Treuhänder
 Dr. Reiner Foer

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
 vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG, 47051 Duisburg
 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

PASSIVA		Euro	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
A. Eigenkapital				
Gewinnrücklagen				
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			61.988.255,24	55.328.664,17
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I.	Deckungsrückstellung	1.758.784.656,00		1.681.351.230,47
II.	Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	941.890,62		1.267.282,08
III.	Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Betragsrückerstattung	43.431.905,15	1.803.158.451,77	44.531.286,80
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung			420.993,34	394.245,74
D. Andere Rückstellungen				
I.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.509.197,00		2.102.856,00
II.	Sonstige Rückstellungen	6.365.390,22	8.874.587,22	4.715.257,09
E. Andere Verbindlichkeiten				
I.	Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	456.907,83		267.909,86
II.	Sonstige Verbindlichkeiten	7.976.639,36	8.433.547,19	7.796.105,64
davon:				
aus Steuern:		24.804,62 Euro		(0,00)
im Rahmen der sozialen Sicherheit:		0,00 Euro		(0,00)
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
			0,00	0,00
Summe der Passiva			1.882.875.834,76	1.797.754.837,85

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellungen nach dem zuletzt am 13.02.2018 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden sind.

Köln, 22. März 2018
 Der Verantwortliche Aktuar
 Dr. Friedemann Lucius

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
 vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG, 47051 Duisburg
 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

POSTEN

POSTEN			31.12.2017	31.12.2016
	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge			72.272.148,54	69.446.654,86
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			1.649.381,65	1.322.252,99
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		4.502.672,87		6.733.507,96
davon: aus verbundenen Unternehmen	1.214.800,55 Euro			(909.522,86)
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.477.884,52			10.337.578,07
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	60.373.645,26	71.851.529,78		57.266.703,82
c) Erträge aus Zuschreibungen		96.356,07		1.228.638,09
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		8.968.902,55	85.419.461,27	8.744.335,43
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			0,00	7.342,39
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge			0,00	7.244,65
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		63.273.198,96		60.620.440,22
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		-325.391,46	62.947.807,50	225.813,23
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			77.460.173,13	79.245.566,72
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			550.000,00	500.000,00
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		1.095.236,59		979.094,84
b) Verwaltungsaufwendungen		1.438.043,47	2.533.280,06	1.358.769,28
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		6.503.703,50		6.217.957,66
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		4.845.379,10		4.010.327,60
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		391.543,20	11.740.625,80	667.467,49
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			16.861,24	0,00
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			15.709,98	1.031,40
13. Versicherungstechnisches Ergebnis			4.076.533,75	1.267.789,82
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		5.599.423,90		933.328,43
2. Sonstige Aufwendungen		2.615.840,21	2.983.583,69	742.334,88
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			7.060.117,44	1.458.783,37
4. Sonstige Steuern			400.526,37	339.108,40
5. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			6.659.591,07	1.119.674,97
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			6.659.591,07	1.119.674,97
7. Bilanzgewinn / Bilanzverlust			0,00	0,00

Anhang

Rechnungslegungsvorschriften

Jahresabschluss und Lagebericht sind nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches inklusive Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG), unter Beachtung des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt worden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Grundstücke und Gebäude sind unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, ggf. vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, ggf. vermindert um Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB und ggf. erhöht um Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB.

Aktien und Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Die Bewertung von Kapitalanlagen des Anlagevermögens oder Umlaufvermögens erfolgt nach den Vorschriften gemäß § 341b Abs. 2 HGB. Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip (§ 341b Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 5 und Abs. 5 HGB) bewertet. Wertpapiere des Umlaufvermögens werden um Abschreibungen

auf den Stichtagskurs gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 4 HGB gemindert, sofern der Marktwert unter dem Buchwert liegt. Gem. § 253 Abs. 5 HGB sind ggf. Zuschreibungen vorzunehmen. Vorhandene Agien bei Inhaberschuldverschreibungen werden über die Laufzeit ratierlich aufgelöst.

Die sonstigen Ausleihungen werden gemäß § 341b Abs. 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 HGB zu Anschaffungskosten bilanziert. Auf die Anwendung des Wahlrechts für Namensschuldverschreibungen gem. § 341c Abs. 1 HGB wurde verzichtet. Vorhandene Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit ratierlich aufgelöst.

Die Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalwerten bilanziert.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden zum Zeitwert am Abschlussstichtag bewertet.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sowie sonstige Forderungen sind, ggf. nach Abschreibungen erkennbar zweifelhafter Einzelbeträge und nach Abzug pauschaler Wertberichtigungen wegen des allgemeinen Kreditrisikos bei Forderungen an Versicherungsnehmer sowie Mieter, mit ihren Nominalwerten bzw. verbleibenden Nominalwerten bilanziert.

Die Sachanlagen und die immateriellen Werte sind mit den Anschaffungskosten bilanziert und werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Anhang

Die übrigen Aktivposten sind mit ihren Nominalwerten bilanziert, ggf. unter Berücksichtigung von Abschreibungen und Wertberichtigungen.

Die Deckungsrückstellung (Bilanzposten Passiva B.I.) und die Rückstellung für Beitragsrückgewähr sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen vom versicherungsmathematischen Sachverständigen geschäftsplangemäß errechnet. Hierbei ist die prospektive Methode mit impliziter Berücksichtigung der künftigen Kosten für den laufenden Versicherungsvertrag einzelvertraglich angewendet worden. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden für Beitragszahlungen bis 31.12.2003 die Richttafeln 1983 von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins in Höhe von 4 % verwendet. Die für die einzelnen Teilbestände verwendeten Sterbewahrscheinlichkeiten wurden dabei entsprechend den Notwendigkeiten modifiziert. Die Rückstellung für Beitragsrückgewähr (RfB) ist eine versicherungstechnische Rückstellung. Diese Rückstellung bildet den handelsrechtlichen Wert der kollektiven Ansprüche der Versicherten auf künftige Überschusszuteilungen zum Bilanzstichtag ab. Die Beträge, die der RfB zugeführt werden, dürfen nur für Zwecke der Überschussbeteiligung verwendet werden. Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde können in Ausnahmefällen nicht festgelegte Teile der RfB zur Abwendung eines Notstandes verwendet werden.

Für Beitragszahlungen ab 01.01.2004 werden die biometrischen Rechnungsgrundlagen den Richttafeln 1998 bzw. 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entnommen, wobei die Sterbewahrscheinlichkeiten für Rentner und Witwen(r) auf bis zu 50 % reduziert wurden. Zusätzlich wurden die Invalidisierungs-

Wahrscheinlichkeiten angepasst. Der Rechnungszins beträgt 3 % für Neuversicherungen bis 31.12.2006. Für Neumitglieder ab dem 01.01.2007 wird ein Rechnungszins von 2,25 %, für Neumitglieder ab dem 01.01.2012 ein Rechnungszins von 1,75 %, für Neumitglieder ab dem 01.01.2015 ein Rechnungszins von 1,25 % und für Neumitglieder ab dem 01.01.2017 ein Rechnungszins von 0,9 % verwendet.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird in Höhe der geschätzten Zahlungsansprüche gebildet.

Die Deckungsrückstellung für die fondsgebundene Lebensversicherung errechnet sich einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus dem Wert der am Bilanzstichtag vorhandenen Fondsanteile, wobei die Bewertung gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert erfolgt.

Die Pensionsrückstellungen sind im Rahmen des § 253 Abs. 1 und 2 HGB nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Rententrend von 2 % mit einem Rechnungszinssatz von 3,68 % p.a. ermittelt. Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren (Anpassung gemäß BilRUG) ist um TEuro 391 (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Absatz 6 HGB) geringer als bei Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren in Höhe von 2,80 %.

Anhang

Weitere Pflichtangaben

Kapitalanlagen	31.12.2017		31.12.2016	
	Buchwerte Euro	Zeitwerte Euro	Reserven Euro	Reserven Euro
Grundstücke	116.844.817,08	149.502.000,00	32.657.182,92	25.703.160,60
Beteiligungen	119.292.572,87	137.115.414,02	17.822.841,15	12.785.405,69
Aktien	1.316.250,00	1.316.250,00	0,00	0,00
Investmentanteile	377.223.880,69	395.213.403,26	17.989.522,57	13.169.431,43
Festverzinsliche Wertpapiere	552.957.998,52	632.764.438,20	79.806.439,68	83.772.614,63
Namenschuldverschreibungen	541.904.108,13	626.526.321,27	84.621.913,14	95.540.678,70
Schuldscheindarlehen	120.116.313,48	131.891.999,64	11.775.686,16	16.245.789,15
	1.829.656.240,77	2.074.329.826,39	244.673.585,62	247.217.080,20

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe ihres voraussichtlichen Erfüllungsbetrages bilanziert.

Die übrigen Passivposten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Geschäftsvorfälle in Fremdwährung sind mit den im Zugangszeitpunkt gültigen Devisenkassa-Mittelkursen umgerechnet worden.

In der vorstehenden Tabelle werden für die in § 54 RechVersV genannten Kapitalanlagen die nach den auf der vorherigen Seite dargestellten Grundsätzen ermittelten Buchwerte den wie nachfolgend beschrieben ermittelten Zeitwerten gegen-

übergestellt sowie die sich daraus ergebenden Salden dargestellt.

Für die Grundstücke werden i. d. R. die Zeitwerte in einem 5-Jahres-Rhythmus mit Hilfe von externen Gutachten nach dem Ertragswertverfahren ermittelt. Für die Jahre, in denen keine Neubewertung stattfindet, wird der Zeitwert auf Basis von Plausibilisierungen bzw. Parameter-Aktualisierungen ermittelt. Zuschreibungen werden nur auf Basis von Gutachten vorgenommen.

Die Gutachten der Grundstücke stammen für 13 Objekte aus 2017, für 5 Objekte aus 2016, für 12 Objekte aus 2015, für 12 Objekte aus 2014 und für 3 aus 2013.

Anhang

Die Zeitwerte der Beteiligungen und Investmentanteile werden mit ihren beizulegenden Werten, die nach branchenüblichen, anerkannten Verfahren ermittelt worden sind, zum Bilanzstichtag angesetzt.

Für die Zeitwert-Ermittlung der Aktien und der festverzinslichen Wertpapiere wird der Börsenkurswert vom letzten Bankarbeitstag 2017 zugrunde gelegt.

Die Bewertung der Namenspapiere erfolgt unter Zugrundelegung von Spreads (Risikoaufschlägen). Besondere Liquiditäts- oder Bonitätsrisiken, die eine Abwertung erforderlich gemacht hätten, sind nicht erkennbar. Bei den Zero-Namenspapieren stehen Buchwerten von TEuro 278.571 Zeitwerte von TEuro 317.936 gegenüber.

Zum Bilanzstichtag bestehen bis 2023 potentielle Abnahmeverpflichtungen bei Ausübung der Andienungsrechte zu den jeweils vereinbarten Konditionen durch die Darlehensnehmerinnen aus strukturierten Multitranchen-Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen in Höhe von insgesamt TEuro 95.000 (Vj. TEuro 115.849).

Die gesamte Einzahlungsverpflichtung für Private-Equity-Engagements einschließlich Loans, Fonds und Beteiligungen beläuft sich auf TEuro 48.279 (Vj. TEuro 43.947).

Aus einem befristeten Mietvertrag bestehen potentielle Zahlungsverpflichtungen bis 2019 in Höhe von TEuro 151.

Im Geschäftsjahr wie im Vorjahr waren keine Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzfall Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können, verpfändet, zur Sicherheit übertragen oder hinterlegt. Ausgenommen sind die Bestände des Sicherungsvermögens (§ 125 VAG) sowie ein Inhaberpapier mit einem Nennwert von TEuro 1.910 (Vj. TEuro 1.910), das als Sicherheit für ein Aval hinterlegt wurde.

Auf die Angabe der Zusätze »Brutto«, »Netto«, »selbst abgeschlossenen« und »für eigene Rechnung« wird verzichtet, da das Versicherungsgeschäft nicht in Rückdeckung gegeben worden ist. Leerpositionen in Bilanz und GuV werden weggelassen, wobei die Posten-Nummerierungen angepasst sind.

Anhang

Aktiva

Die immateriellen Vermögensgegenstände umfassen die EDV-Software.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen zeigt die Tabelle auf Seite 57.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken enthalten 17 Geschäftsgebäude und 28 Wohngebäude, von denen 3 Wohngebäude auf Erbbaurechtsgrundstücken stehen. Es wurden 4 Wohn- und Geschäftsgebäude in 2017 erworben, ein Geschäftsgebäude wurde verkauft und zwei Wohngebäude wurden zum Bilanzstichtag an die PKDW Grundstücks-GmbH & Co. KG übertragen. Der Anteil aller Grundstücke an den Kapitalanlagen ist von 6,2 % auf 6,4 % gestiegen. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Anteile an verbundenen Unternehmen sind die 100%igen Beteiligungen an der in 2013 erworbenen VIFA Pensionsfonds AG sowie an zwei weiteren Gesellschaften – einer GmbH und einer GmbH & Co. KG – die in Zusammenhang mit der Verwaltung eigenen Grundbesitzes stehen.

Unter Beteiligungen wird die Anlage in 28 Beteiligungsgesellschaften für Private-Equity-Fonds ausgewiesen. Bei sieben innerhalb der letzten zwei Jahre erworbenen Beteiligungen mit einem Buchwert von TEuro 11.972 (Zeitwert TEuro 10.948) ist die Abschreibung unterblieben, da es sich um anlaufbedingte Wertminderungen handelt.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere: Ihr Anteil an allen Kapitalanlagen hat sich auf 20,7 % (Vj. 19,8 %) erhöht. Die Eigenanlagen in Aktien betragen TEuro 1.316 (Vj. TEuro 2.029) und betreffen wirtschaftlich eine Private Equity-Anlage.

Abschreibungen wurden in Höhe von TEuro 331 (Vj. TEuro 111), Zuschreibungen wurden keine (Vj. TEuro 802) vorgenommen.

An zwei Investmentfonds ist die PKDW mit mehr als 10 % beteiligt. Es handelt sich hierbei in beiden Fällen um international ausgerichtete, inländische Wertpapier-Mischfonds mit einem Buchwert von TEuro 326.844 (Zeitwert TEuro 343.948). Bei beiden Fonds bestehen keine Beschränkungen hinsichtlich der börsentäglichen Rückgabemöglichkeit der Anteile.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere: Ihr Anteil an allen Kapitalanlagen hat von 29,0 % im Vorjahr auf 30,2 % zugenommen. Die rätierlichen Agioauflösungen auf die im Anlagevermögen befindlichen Inhaberpapiere nach §341b HGB werden unter den Abgängen mit erfasst. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen konnte bei Buchwerten von TEuro 43.749 (Zeitwerte TEuro 42.380) auf Abschreibungen in Höhe von TEuro 1.369 verzichtet werden, da nicht von einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung ausgegangen wird.

Abschreibungen für Inhaberschuldverschreibungen wurden in Höhe von TEuro 445 (Vj. TEuro 0) vorgenommen. In Vorjahren

Anhang

vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen wurden z. T. durch Zuschreibungen wieder aufgeholt.

Namensschuldverschreibungen haben relativ von 28,3% auf 29,6% vom Gesamtbestand der Kapitalanlagen gerechnet zugenommen. Wegen der bis 01.10.2017 bei Privatbanken vorhandenen und ansonsten unverändert bestehenden Sicherungssysteme konnte bei Buchwerten von TEuro 69.611 (Zeitwerte TEuro 65.157) auf Abschreibungen in Höhe von TEuro 4.454 ebenfalls verzichtet werden.

Schuldscheinforderungen und Darlehen haben von 11,1% auf 6,6% der Kapitalanlagen abgenommen.

Als **Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**n sind entsprechend § 14 RechVersV unter diesem Posten die Zeitwerte der Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung ausgewiesen. Diese Kapitalanlagen sind zur Bedeckung der entsprechenden Passiva bestimmt. Der Anlagestock besteht aus 3.462,40 (Vj. 3.110,42) Anteilseinheiten eines international ausgerichteten Wertpapier-Mischfonds.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sind insbesondere Beiträge für 2017, die am 31.12.2017 fällig waren und überwiegend Anfang 2018 eingegangen sind. Abschreibungen waren nur in geringem Umfang erforderlich.

Die **Sonstigen Forderungen** betreffen mit TEuro 282 (Vj. TEuro 429) fällige Mietforderungen. Diese sind bereits um Wertbe-

richtigungen von TEuro 365 (Vj. TEuro 248) gemindert. Weiterhin sind Forderungen an verbundene Unternehmen mit TEuro 1.232 (Vj. TEuro 908), Forderungen aus Wertpapieren und Beteiligungen, die das Jahr 2017 betreffen von TEuro 1.126 (Vj. TEuro 1.031), eine Schadensersatzforderung von TEuro 5.459 (Vj. TEuro 0), Forderungen aus Verrechnungskonten mit Hausverwaltern von TEuro 522 (Vj. TEuro 151), kleinere Forderungen mit zusammen TEuro 43 (Vj. TEuro 237) sowie Mietforderungen aus noch nicht abgerechneten Nebenkosten mit TEuro 2.920 (Vj. 2.631) enthalten. Letzteren stehen geleistete Abschlagszahlungen gegenüber, die als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen sind.

Die **Sachanlagen und Vorräte** betreffen die der Geschäftsstelle dienenden Ausstattung, den Fuhrpark sowie die Einbauten in gemieteten Räumen. Der Bestand hat unter Berücksichtigung von Zugängen von TEuro 202 (Vj. TEuro 148), Abgängen von TEuro 170 (Vj. TEuro 64) und Abschreibungen in Höhe von TEuro 81 (Vj. TEuro 73) insgesamt zugenommen.

Die **Laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** sind die Bestände der Kasse mit TEuro 5 (Vj. TEuro 4) sowie die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Summe von TEuro 20.669 (Vj. TEuro 11.052).

Rechnungsabgrenzungsposten betreffen noch nicht fällige Zinsforderungen aus Sonstigen Ausleihungen mit TEuro 6.201 (Vj. TEuro 7.079) und aus festverzinslichen Wertpapieren mit TEuro 8.744 (Vj. TEuro 9.047). Die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten mit TEuro 109 (Vj. TEuro 89) bestehen im Wesentlichen aus abgegrenzten Wartungsaufwendungen.

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A, BI bis III im Geschäftsjahr 2017

Aktivposten	Bilanzwerte 2016	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte 2017
	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	659	77	0	0	0	203	533
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	109.905	17.105	0	6.725	0	3.440	116.845
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	31.682	11.620	0	0	0	0	43.302
2. Beteiligungen	65.989	35.047	0	24.516	91	621	75.990
3. Summe B. II.	97.671	46.667	0	24.516	91	621	119.292
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	348.462	53.173	0	22.764	0	331	378.540
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	509.502	97.952	0	54.055	5	445	552.959
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	497.393	66.512	0	20.993	0	8	541.904
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	196.169	7.016	0	83.068	0	0	120.117
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0	0
5. Summe B. III.	1.551.526	223.653	0	180.880	5	784	1.593.520
insgesamt	1.759.761	287.502	0	212.121	96	5.048	1.830.190

Anhang

Passiva

Die **Verlustrücklage gemäß § 193 VAG** hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEuro 6.659 (Vj. TEuro 1.120) von TEuro 55.329 auf TEuro 61.988 erhöht.

Die **Deckungsrückstellung** unter Bilanzposten **B. Versicherungstechnische Rückstellungen** hat sich aufgrund höherer Anwartschaften und Ansprüche einschließlich der Zuführung zur Zinsschwankungs-Rückstellung in Höhe von TEuro 17.292 um TEuro 77.460 (Vj. TEuro 79.246) erhöht.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** enthält individuell ermittelte Beträge für Kapitalabfindungen, die nach Erfüllung der Zahlungsvoraussetzungen ausbezahlt werden.

Die Entwicklung der **Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)** sowie ihre Aufteilung in einen gebundenen und einen freien Teilbetrag ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Ein Teil der RfB ist der Schlussüberschussanteil-Fonds. Seine Ermittlung erfolgt einzelvertraglich auf Basis der Deckungsrückstellung. Er beträgt nach Zuführung von TEuro 2.873 (Vj. TEuro 2.490) und

Rückstellung für Beitragsrückerstattung	2017 TEuro	2016 TEuro
Stand am 1. Januar	44.531	45.353
Zuführungen	550	500
Entnahmen	1.649	1.322
Stand am 31. Dezember	43.432	44.531

davon entfallen:

– auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	2.850	2.997
– auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird	190	231
– auf den ungebundenen Teil	40.392	41.303

Anhang

Entnahmen in Höhe von TEuro 1.606 (Vj. TEuro 1.291) zum Ende 2017 TEuro 40.038 (Vj. TEuro 38.771).

Die **Deckungsrückstellung** unter Bilanzposten **C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird**, wurde für Ansprüche aus Beiträgen nach Tarif E gebildet.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** decken dienstvertragliche Versorgungsverpflichtungen ab. Der aus der rechnungsmäßigen Verzinsung resultierende Aufwand von TEuro 84 (Vj. TEuro 79) wird unter der GuV-Position II.2. Sonstige Aufwendungen gezeigt.

Die **Sonstigen Rückstellungen** sind im Wesentlichen für Risiken aus der Gleichstellung von Frauen und Männern und Prozesskosten gebildet. Daneben bestehen noch Rückstellungen für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Abwicklung von zusätzlichen Arbeitgeberleistungen, Resturlaub, Jahresabschlusskosten, Grundstücksaufwendungen sowie einen weiteren kleineren Posten.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern** beinhalten hauptsächlich Überzahlungen und für 2018 vorausgezahlte Beiträge.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten im Wesentlichen mit TEuro 2.920 (Vj. TEuro 2.631) Abschlagszahlungen auf noch nicht abgerechnete Betriebskosten der Häuser sowie mit

TEuro 891 (Vj. TEuro 635) Verbindlichkeiten aus der Verrechnung mit der PKDW Grundstücks- GmbH & Co.KG und mit TEuro 275 (Vj. TEuro 374) Verbindlichkeiten gegenüber Mietern.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Verdienten Beiträge** (ohne übernommene Anwartschaften) sind ausschließlich Beitragseinnahmen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft. Sie zeigen folgende Entwicklung:

Beitragsart	2017	2016	Veränderungen	
	TEuro	TEuro	TEuro	%
Laufende Beiträge				
1. Firmenmitglieder	65.465	63.004	+ 2.461	+ 3,91
2. Einzelmitglieder	6.638	6.340	+ 298	+ 4,70
	72.103	69.344	+ 2.759	+ 3,98
Einmalbeiträge				
1. Firmenmitglieder	0	0	+ 0	
2. Einzelmitglieder	0	0	+ 0	
3. Übernommene Anwartschaften	169	103	+ 66	
	169	103	+ 66	
Gesamtbeiträge	72.272	69.447	+ 2.825	+ 4,07

Anhang

Die **Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung** sind mit TEuro 43 (Vj. TEuro 31) Beträge zur Finanzierung der in die Deckungsrückstellung eingestellten Gewinnanteile ab 01.07.2017 sowie mit TEuro 1.606 (Vj. TEuro 1.291) Schlussüberschussfonds-Anteile.

Die **Erträge aus Beteiligungen** (GuV-Position I.3.a)) beinhalten mit TEuro 1.215 (Vj. TEuro 908) die Jahresüberschüsse von verbundenen Unternehmen. Daneben sind noch Erträge in Höhe von TEuro 3.288 (Vj. TEuro 5.826) aus weiteren Beteiligungen enthalten.

Die **Grundstückserträge** (GuV-Position I.3.b)aa)) beinhalten im Geschäftsjahr entstandene Mieterträge mit TEuro 8.493 (Vj. TEuro 7.658) sowie Abrechnungserträge mit TEuro 2.985 (Vj. TEuro 2.680). Die von der KG verwalteten Immobilien haben Mieterträge von TEuro 2.099 (Vj. TEuro 2.030) erzielt. Erträge aus der KG werden unter den Erträgen aus Beteiligungen erfasst.

Die **Erträge aus anderen Kapitalanlagen** (GuV-Position I.3.b) bb)) enthalten:

	2017 TEuro	2016 TEuro
Zinsen für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	27.283	29.620
Wertpapiere und Anteile	33.091	27.647
Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten	0	0
und ähnliche Erträge aus Agien und Disagien von Darlehen und Kostenerstattungen	0	0
	60.374	57.267

Die **Erträge aus Zuschreibungen** sind mit TEuro 96 (Vj. TEuro 1.229) teilweise rückgängig gemachte Kurswertabschreibungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens.

Die **Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen** sind mit TEuro 3.321 (Vj. TEuro 8.665) bei Wertpapieren sowie mit TEuro 5.647 (Vj. TEuro 79) bei sonstigen Kapitalanlagen angefallen. Die Gewinne bei sonstigen Kapitalanlagen resultieren im Wesentlichen aus der Einbringung zweier Wohngebäude in die KG.

Die **Sonstigen versicherungstechnischen Erträge** enthalten Vereinnahmungen von Beitragsüberhängen und Überweisungsdifferenzen.

Die **Zahlungen für Versicherungsfälle** sind die mit unbefristetem Rechtsanspruch gewährten Pensionen mit TEuro 62.446 (Vj. TEuro 59.908) zuzüglich abgegebenen Anwartschaften mit TEuro 173 (Vj. TEuro 149) und Regulierungsaufwendungen von TEuro 654 (Vj. TEuro 563). Die Regulierungsaufwendungen wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die Pensionszahlungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2017 TEuro	2016 TEuro	Veränderungen	
			TEuro	%
Alterspensionen	52.851	49.085	+3.766	+7,67
Berufsunfähigkeitspensionen	944	917	+27	+2,94
Witwen(r)pensionen	8.563	8.504	+59	+0,69
Waisenpensionen	88	63	+25	+39,68
	62.446	58.569	+3.877	+6,62

Anhang

Die durchschnittlichen Jahresbeträge je Pensionär haben sich wie folgt verändert:

Jahresbetrag je Empfänger von	2017	2016	Veränderungen	
	Euro	Euro	Euro	%
Alterspension	3.907	3.987	-80	-2,01
Berufsunfähigkeitspension	2.888	2.996	-108	-3,60
Witwen(r)pension	2.172	2.158	+14	+0,65
Waisenpension	549	547	+2	+0,37
Durchschnitt Gesamt	3.478	3.468	+10	+0,29

Die **Veränderung der Deckungsrückstellung** enthält die versicherungsmathematisch notwendigen Zuweisungen zur Deckungsrückstellung aufgrund gestiegener Verpflichtungen aus höheren Anwartschaften und Ansprüchen. Davon entfallen TEuro 27 (Vj. TEuro 12) auf die Deckungsrückstellung für fremde Kapitalanlagen.

Unter den **Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen** wird der Teil des Überschusses erfasst, der nicht der Verlustrücklage, sondern der RfB zugeführt wird.

Unter **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** sind ausschließlich Aufwendungen aus der Kostenverteilung auf die Funktionsbereiche ausgewiesen. Die Aufwendungen wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die **Aufwendungen für Kapitalanlagen** gliedern sich in:

	2017 TEuro	2016 TEuro
Verwaltungsaufwendungen für Grundstücke	4.488	4.045
persönliche Aufwendungen	904	863
sonstige Büro- und Sachaufwendungen	604	532
Depotgebühren	139	256
Treuhänderkosten	25	24
Veränderung der Rückstellung für Grundstücksaufwand	0	118
Honorare	323	380
	<u>6.504</u>	<u>6.218</u>
Abschreibungen auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	3.440	3.196
Kurswertberichtigungen auf Wertpapiere, Investmentanteile und Beteiligungen	1.405	814
	<u>4.845</u>	<u>4.010</u>
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	392	667

Anhang

Als **Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen** werden in Zusammenhang mit der Kontenklärung anfallende Beträge ausgewiesen.

Die **Sonstigen Erträge** enthalten Erträge aus Kostenerstattungen und Schadenersatzleistungen von TEuro 5.497 (Vj. TEuro 3), Zinserträge aus Rechtsstreitigkeiten von TEuro 3 (Vj. TEuro 4); Erträge aus der Herabsetzung nicht versicherungstechnischer Rückstellungen TEuro 11 (Vj. 894), Erträge aus Dienstleistungen TEuro 16 (Vj. TEuro 16), Erträge aus der Veräußerung von Betriebs- und Geschäftsausstattung von TEuro 24 (Vj TEuro 13) sowie weitere kleinere Posten.

Auf die **Sonstigen Aufwendungen** in Höhe von TEuro 2.616 (Vj. TEuro 742) entfallen TEuro 1.800 (Vj. TEuro 0) auf Rechtsaufwendungen im Zusammenhang mit der Zuführung einer Rückstellung und TEuro 469 (Vj. TEuro 548) auf Personal- und Sachaufwendungen aus der Kostenverteilung, die den Funktionsbereichen nicht direkt zugeordnet werden konnten. Letztere wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die **Sonstigen Steuern** enthalten im Wesentlichen Grundsteuer mit TEuro 400 (Vj. TEuro 338).

Einstellungen in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG und § 16 der Satzung wurden in Höhe des Jahresüberschusses von TEuro 6.659 (Vj. TEuro 1.120) vorgenommen.

Anhang

Persönliche Aufwendungen Mitarbeiter Sonstiges

Die **Persönlichen Aufwendungen** wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt und ergeben sich aus folgender Tabelle:

	2017 TEuro	2016 TEuro
1. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsfällen, Rückkäufen und Rückgewährbeträgen	412	357
2. Aufwendungen für den Abschluss von Versicherungsverträgen	698	605
3. Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen	824	715
4. Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	1.015	880
5. Sonstige Aufwendungen	222	193
6. Persönliche Aufwendungen insgesamt	3.171	2.750

Zusammensetzung:

a) Löhne und Gehälter	2.499	2.371
b) soziale Abgaben u. ä.	325	326
c) Aufwand für Altersversorgung	347	53

Die **Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer** betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 37 (Vj. 36), davon angestellt in Vollzeit 20 (Vj. 17) weibliche und 15 (Vj. 13) männliche Mitarbeiter und in Teilzeit 1 (Vj. 4) Mitarbeiterin und 1 (Vj. 2) männlicher Mitarbeiter.

Die PKDW ist mit 100% an den **Tochtergesellschaften** VIFA Pensionsfonds AG mit Sitz in Berlin, PKDW-Verwaltungs GmbH und PKDW Grundstücks-GmbH & Co. KG jeweils mit Sitz in Duisburg beteiligt.

Das Eigenkapital der AG beträgt TEuro 11.141 (Vj. TEuro 11.140), das der GmbH TEuro 38 (Vj. TEuro 40) und das der KG TEuro 40.600 (Vj. TEuro 28.673). Die PKDW stellt für das Geschäftsjahr 2017 einen Konzernabschluss nach HGB auf (gleichzeitig kleinster und größter Konsolidierungskreis), der die genannten Tochtergesellschaften einbezieht.

Der Jahresüberschuss der AG beträgt TEuro 490 (Vj. TEuro 3.933), der KG TEuro 1.215 (Vj. TEuro 908) und der Jahresfehlbetrag der GmbH TEuro 2 (Vj. TEuro 1).

Als **Honorar für die Abschlussprüferleistungen** wurde im Geschäftsjahr ein Aufwand von TEuro 110 (Vj. TEuro 101) verbucht.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2017 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Anhang

Organe

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf Seite 4 und 5 aufgeführt. Kredite an Vorstandsmitglieder sind nicht vergeben. Für ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied ist eine Pensionsrückstellung von TEuro 281 (Vj. TEuro 508 für zwei ausgeschiedene Vorstandsmitglieder) gebildet. Die Pensionszahlungen hieraus betragen TEuro 23 (Vj. TEuro 54). Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden im Jahre 2017 TEuro 45 (Vj. TEuro 40) an Aufwandsentschädigungen gezahlt. Die Bezüge der Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr TEuro 539 (Vj. TEuro 526) an Gehältern und TEuro 21 (Vj. 19) an Sachbezügen.

Duisburg, 11. April 2018

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands

Der Vorstand
Bernd Walgenbach Andreas Fritz

Köln, 22. März 2018

Der Verantwortliche Aktuar
Dr. Friedemann Lucius

Gelsenkirchen, 09. März 2018

Der Treuhänder
Dr. Reiner Foer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft, Duisburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die

Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft, Duisburg. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 19. April 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Klitsch
Wirtschaftsprüfer

Stümper
Wirtschaftsprüferin

PKDW

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG

Postanschrift: Postfach 10 10 54 | 47010 Duisburg
Geschäftssitz: Am Burgacker 37 | 47051 Duisburg

Tel: 0203 99219-0 | Fax: 0203 99219-38
Mail: info@pkdw.de | Internet: www.pkdw.de

